

Helmut Burckhardt: Deutschland — England — Frankreich. Die politischen Beziehungen Deutschlands zu den beiden westeuropäischen Großmächten 1864—1866. Wilhelm Fink Verlag, München 1970, 400 Seiten.

Nach einer jahrzehntelangen »Vorherrschaft« einer auf das Diplomatiegeschichtliche verengten politischen Geschichtsschreibung über die Bismarck-Zeit trat mit dem Erscheinen der bahnbrechenden Studien von Helmut Böhme über »Deutschlands Weg zur Großmacht 1848—1881« (1964), Hans Rosenberg über »Große Depression und Bismarckzeit — Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa« (1967) und vor allem Hans-Ulrich Wehler über »Bismarck und der Imperialismus« (1969) eine Wendung zugunsten sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Fragestellungen ein, die den allzu lange kaum bestrittenen »Primat der Außenpolitik« als leitendes Prinzip historischer Forschungen über diese Epoche mit der prononciert vertretenen Antithese vom »Primat der Innenpolitik« verwarf. Tendenziell löste damit allerdings nur eine Einseitigkeit eine andere ab; denn so berechtigt eine Schwerpunktverlagerung gerade der deutschen Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ins Sozial- und Wirtschaftsgeschichtliche war (und ist), sie bedarf — um der Gefahr der Dogmatisierung zu entgehen — der Ergänzung und Kontrolle durch eine politische Geschichte moderner Prägung, die, auf den Ergebnissen sozial- und strukturgegeschichtlicher Forschung gleichsam ruhend, den — gewiß gerade durch soziale und ökonomische Bedingungen begrenzten — freien Handlungsspielraum der Staatsführungen in der Innen- und Außenpolitik herausarbeitet und das relative Eigengewicht außenpolitischer Entscheidungen infolge der weltpolitischen Interdependenz der Mächtepolitik anerkennt, wobei der jeweils verschiedene Anteil originär-machtpolitischer, militärstrategischer, wirtschaftlicher und »ideologischer« Momente in den außenpolitischen Konzeptionen und ihrer Realisierung zu ermitteln ist ¹.

Die Erwartung, daß das hier anzuzeigende Werk eine intensive Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Problemen der Forschung und Geschichtsschreibung bringen und im Sinne einer modernen politischen Geschichte einen Schritt nach vorn bedeuten oder zumindest die Akzente neu setzen würde, wird indessen enttäuscht. Offensichtlich wurde das Manuskript Anfang der sechziger Jahre bereits abgeschlossen. Das letzte ausgewertete Buch ist die 1959 erschienene Arbeit von Herbert Geuss über »Bismarck und Napoleon III«. Weder die einleitend genannte, als »Herausforderung« für den politischen Historiker doch geradezu »aufreizende« Reihe sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Studien wird kritisch in die Betrachtung und Analyse einbezogen noch die im »Jubiläumsjahr« 1966 reichhaltig erschienenen mehr oder minder umfangreichen und bedeutsamen Studien zum preußisch-österreichischen Krieg von 1866 und zu seiner Vorgeschichte.

Das Werk Burckhardts gibt dem Rezensenten noch mehr Rätsel auf: Es wurde in den Verlagsankündigungen ursprünglich mit »ca. 480 Seiten« avisiert, enthält jedoch faktisch nur 400 Seiten. Zwar gibt es Fehleinschätzungen in der Vorkal-

¹ Ausführlicher hierüber mein Beitrag: Gedanken zu einer politischen Geschichte moderner Prägung. In: Freiburger Universitätsblätter, H. 30, Dez. 1970, S. 33 ff.

kulation in mehr als einem anderen Fall; das Auffallende hier ist jedoch, daß das Buch keine Einleitung, auch kein Vorwort und ebenso keine Schlußbetrachtung aufweist, vielmehr völlig unvermittelt — *medias in res* gehend — mit der Haltung Englands zum Schleswig-Holstein-Problem nach dem Tode König Friedrichs VII. von Dänemark einsetzt und ebenso abrupt mit einer Zusammenstellung der Urteile von Historikern über die Politik der beiden deutschen Großmächte im Zusammenhang mit dem Kriege von 1866 endet. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis fehlt ebenfalls, wenn auch in Fußnoten unter dem Text — relativ knapp — Hinweise auf Quellen und Literatur gebracht werden. Der Verdacht, daß hier aus welchen Gründen auch immer Teile weggelassen wurden, drängt sich auf. Schließlich wirkt die Monotonie der Gliederung auf den Leser nicht gerade anregend: Innerhalb der drei Teile (I. Der deutsch-dänische Krieg, II. Das Jahr 1865, III. Das Jahr 1866 bis zum Ausbruch des Krieges) wird schematisch stets im 1. Kapitel »die Haltung Englands«, im 2. Kapitel »die Haltung Frankreichs« und im 3. Kapitel »die Haltung der deutschen Mächte« behandelt. Innerhalb dieser Kapitel wiederum wird im 1. Abschnitt immer die Haltung der jeweiligen Regierungen, im 2. Abschnitt die Haltung des betreffenden Landes »im Urteil des Auslandes« und schließlich im 3. Abschnitt unter der Überschrift »Das Urteil der Geschichte« eine Übersicht über die wichtigsten Thesen der Historiker zu dem in Frage stehenden Problemkomplex mit einer kritischen Stellungnahme des Verfassers geboten.

Indessen darf die Enttäuschung darüber, daß das Werk nicht das bietet, was man im Jahre 1970 eigentlich erwarten durfte, nicht dazu verleiten, den Wert der Arbeit Burckhardts in Bausch und Bogen zu verwerfen. Stellt man sich vielmehr gleichsam auf die Situation der Forschung um 1960 ein, so kann man konstatieren, daß hier eine Art Bilanz der Ergebnisse und der Kontroversen mehrerer Jahrzehnte historischer Forschungen vor allem zur Rolle Napoleons III. gegenüber der deutschen Frage in den Jahren 1864—1866, aber auch zur Haltung der britischen Regierung zum Problem der Machterweiterung Preußens in dieser Zeit gezogen wurde. Für einen wichtigen Teilbereich der politischen Geschichte dieser Jahre, eben die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu den Westmächten, liegt eine nützliche Zusammenstellung vor, die den Stand vor dem »Einbruch« der neuen Forschungsansätze und der Methodendiskussion recht gut spiegelt. Für eine einleitend als notwendig bezeichnete politische Geschichte moderner Prägung über das gleiche Thema, aufbauend und in Auseinandersetzung mit der modernen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, wird auf diese Weise eine wünschenswerte Ausgangsbasis, eine Plattform, geboten, die allerdings noch in mehrfacher Hinsicht ausgebaut werden müßte. Immerhin hat der Verfasser durch die Einbeziehung der öffentlichen Meinung — neben der Politik der Regierungen —, besonders im Falle Frankreichs, bereits selbst einen Schritt über die konventionelle Diplomatiegeschichte hinaus getan. Da die entsprechenden Arbeiten zur Pressepolitik Bismarcks (vor allem von E. Naujoks) erst später erschienen, fehlt allerdings das Pendant hierzu auf Seiten Preußens.

Wohlthuend an diesem Werk ist die nüchterne Art der Darlegung der verschiedenen Positionen der Mächte — ohne klein- oder großdeutschen Tendenzen huldigend oder einem nationalen »Geschichtsbild« verpflichtet zu sein. Dies kommt insbesondere bei der sehr sachlichen Erörterung der Politik Napoleons III. zum Ausdruck. Im Anschluß an Geuss und über dessen Thesen hinausgehend spricht der Autor davon, der Kaiser der Franzosen habe 1865/66 eine »friedliche« Neuordnung der Verhältnisse in Mitteleuropa angestrebt (also keineswegs auf den Krieg zwischen Preußen und Österreich abgezielt), wobei allerdings die Stellung

Frankreichs und sein eigenes Prestige gestärkt werden sollten (besonders S. 199 f.). Überhaupt liegt in der Nuancierung der Beurteilung einzelner Situationen und Personen gegenüber älteren Arbeiten, die in den Abschnitten über »das Urteil der Geschichte« vorgestellt und diskutiert werden, ein besonderer Wert dieses Werkes. Daß dieser und seine allgemeinere Bedeutung als Bilanz am Ende einer Etappe der historischen Forschung zur Bismarck-Zeit nicht ausreichen, um das Buch zu den wichtigen Neuerscheinungen zur deutschen und europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts zu zählen, bleibt mit Bedauern abschließend zu konstatieren.

Andres Hillgruben

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Imperialismus. Kiepenheuer u. Witsch, Köln, Berlin 1970, 465 Seiten (= Neue wissenschaftliche Bibliothek, 37).

I. Nach dem aufsehenerregenden Werk »Bismarck und der Imperialismus« (Köln, Berlin 1969) leistet Wehler mit der Herausgabe dieses Arbeitsbuches einen Beitrag zur Verbreiterung der Basis der Imperialismuskussion. Ein solches Arbeitsbuch zeichnet sich dadurch aus, daß eine breite Fülle von Theorien und Theorieansätzen eröffnet werden kann, wobei zusätzlich gewährleistet ist, daß ohne vorherige Übereinkunft, worin sich Imperialismus ausdrücke, und was er sei, die Einzelaspekte in aller Variationsbreite, die dieses Komplexphänomen auf internationaler Ebene bietet, unverbunden nebeneinander gestellt werden können. Neben dem Nutzen einer Einführung in die Problematik des Imperialismus ist so auch ein Beitrag zur Intensivierung der seit einigen Jahren wieder verstärkten Imperialismuskussion geboten worden.

Um aber sogleich auf einen Mangel hinzuweisen, der den meisten Arbeitsbüchern gemein ist und dem vielleicht bei künftigen Bänden dieser Serie abgeholfen werden kann: Lösungsverfahren und Methoden muß man aus den jeweiligen Artikeln selbst herausziehen. Dabei ist es doch praktischer, gerade in einem solchen »Reader« (etwa in der Einleitung) explizit über denkbare methodische Zugriffe und deren Validität zu referieren. Bei einem Problem wie dem Imperialismus, das — wie Wehler ausgeführt hat — exemplarisch allgemein sozialwissenschaftlich verstanden werden soll und damit die engen Grenzen diplomatiegeschichtlicher Arbeiten bewußt sprengt, wären solche Ansätze etwa bei der auf der Hand liegenden Frage der Interrelation von Wirtschaftsordnung und Politik — besonders in Hinsicht auf die Kontrolle und Fortentwicklung der dargelegten Theorien — sehr zu wünschen. So aber bleibt dieses Arbeitsbuch in dem gewohnten, konventionellen Rahmen stecken. Dasselbe gilt auch für seine Bibliographie. Sie enthält auf 16 Seiten zwar alles Grundlegende, ist im ganzen aber sehr begrenzt. Zu verweisen bleibt hier auf den Anhang zu »Bismarck und der Imperialismus«, der auch eine kommentierte Bibliographie enthält.

Dies soll nun nicht bedeuten, daß die meisten der unter den Stichwörtern »zur Theorie des modernen Imperialismus« und »zur Geschichte des modernen Imperialismus« ausgewählten Artikel nicht hervorragende Beiträge zur Imperialismusforschung wären. In den Beiträgen von B. Semmel »Die »Philosophischen Radi-

kalen« und die Kolonien«, von J. Gallagher und R. Robinson »Der Imperialismus des Freihandels« und von R. Robinson, J. Gallagher und A. Denny »Großbritannien und die Aufteilung Afrikas« werden zwei Kernprobleme nicht nur der englischen Expansionsbewegung, sondern einer Imperialismustheorie überhaupt angeschnitten. Semmel betont im Gegensatz zu der landläufigen Meinung (besonders E. Wakefield) die proimperialistische Haltung der einflußreichen Schule des utilitaristischen Philosophen J. Bentham, die eine »Theorie des freihändlerischen Kolonialismus« (S. 180) entwickelt und Ansätze zu späteren ökonomischen Imperialismustheorien enthält.

Gallagher und Robinson eröffneten 1953 eine Diskussion um den Imperialismus der mittelviktorianischen, »freihändlerischen« Zeit, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist¹. Ihre These ist, daß »auf informelle Weise, wenn möglich, durch formelle Annexion, wenn nötig, die britische Vorherrschaft beständig aufrechterhalten« wurde (S. 185). Dieser Begriff des Informal Empire, das heißt die de-facto-Herrschaft eines industrialisierten Landes über ein nichtindustrialisiertes, sei sie nun ökonomischer oder auch politischer² Natur, spielt ja in der Diskussion über den Imperialismus der Gegenwart eine entscheidende Rolle.

Der dritte Aufsatz beschäftigt sich mit der Periode des »Scramble for Africa« (ca. 1885—1900). Zusammen mit D. K. Fieldhouse³ und anderen tendieren die Autoren dazu, den Imperialismus dieser Zeit aus politisch-diplomatischen und militär-strategischen Motiven zu erklären (Wehlers Position dazu S. 16 f.). Nicht von ungefähr hat diese Theorie ihren Ursprung in England (im Grunde ist sie ein Widerlegungsversuch von Hobsons ökonomischer Theorie), wo die Freihandelstradition besonders fest verwurzelt war. Tatsächlich weist auch D. C. M. Platt⁴ darauf hin, daß weite Kreise der Bürokratie, besonders des Foreign Office, aber auch die Wirtschaft noch freihändlerisch ausgerichtet waren, als die große Kolonialwelle ansetzte. Das Hervorheben dieser Seite ist wohl für die Schlußfolgerungen der Autoren verantwortlich. Platt und D. S. Landes⁵ haben jedoch zwei entscheidende ökonomische Motive herausgeschält: so ist die Aufrechterhaltung und militärische Absicherung (die wiederum zu neuen Kolonien Gründungen entlang dem Weg nach Indien führte) der wirtschaftlich so ungeheuer wichtigen Kronkolonie Indien bei den obengenannten Autoren unterschätzt. Zum andern ist die zunehmende internationale Konkurrenz, die in den von der englischen Wirtschaft praktisch monopolisierten Weltmarkt eindrang, eine wichtige Ursache der Formalisierung der Herrschaft. Ein vorläufiger Endpunkt dieser Diskussion ist nicht abzusehen.

Was den deutschen Imperialismus betrifft, so hat Wehler in seinem Bismarck-Buch gezeigt, was es noch an Einzelfallstudien bedarf, um das Vordringen des Imperialismus genauer begreifen und erklären zu können. Gerade für die Frühzeit der Kolonialplanung einzelner Interessenten oder etwa der Marine fehlt

¹ D. C. M. Platt: *The Imperialism of Free Trade: Some Reservations*, in: *Economic History Review*, 21, 1968, S. 296—306.

² Neben der bekannten Formel der ökonomischen Bevormundung: I. Bonny Duala-M'bedy: *Die Problematik afrikanischer Staatenbildung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG)*, 18, 1970, S. 292—319.

³ D. K. Fieldhouse: *Imperialism: A Historiographical Revision*, in: *The Economic History Review (II)*, 14, 1961, S. 187—209.

⁴ D. C. M. Platt: *Finance, Trade, and Politics in British Foreign Policy 1815—1914*, Oxford 1968; ders.: *The Economic Factors in British Policy during the »New Imperialism«*, in: *Past and Present*, 39, 1968, S. 120—138.

⁵ D. S. Landes: *The Unbound Prometheus*, Cambridge 1969, S. 240.

eine eingehendere Untersuchung. H. Stoeckers »Preußisch-deutsche Chinapolitik in den 1860/70er Jahren« gehört zu den wenigen Ausnahmen. An dem Beispiel der Chinapolitik kann er sowohl eine personelle Kontinuität wie eine frühe räumliche Fixierung in der deutschen Kolonialagitation herausstellen. Wehlers »Bismarcks Imperialismus 1862—1890« umreißt noch einmal seine Theorie des Sozialimperialismus am Beispiel des Deutschen Reiches. Neben L. Dehio »Gedanken über die deutsche Sendung 1900—1918« sind besonders zu begrüßen die Ausschnitte aus dem schwer zugänglichen Buch von E. Kehr »Schlachtflottenbau und Parteipolitik« (1930), die sich mit den Aspekten Imperialismus und Proletariat⁶, Handelsneid—England und Flotte—Wirtschaft beschäftigen. Die Ausschnitte sind von hohem methodischem Interesse, da Kehr zu den nachdrücklichsten Vertretern des »Primats der Innenpolitik« gehört. Zu begrüßen wäre es, wenn neben der neuen englischen Ausgabe (New York, 2. Aufl. 1966) eine deutsche Paperback-Ausgabe dieses Werkes aufgelegt würde. Wehler hat die Aufsätze so ausgewählt, daß die endogenen Ursachen des deutschen Imperialismus im Mittelpunkt stehen. (Eine ausführliche Diskussion der Gründe und die gesamte Literatur ist im Bismarck-Buch, S. 412 ff., zu finden.)

Der russische Imperialismus — gewöhnlich ein Stiefkind der Forschung und nur in Arbeiten über China und Mittelasien oder in der Auseinandersetzung mit England tangiert — wird auf seine innenpolitischen Motive geprüft in B. H. Summer »Der russische Imperialismus in Ostasien und im Mittleren Osten 1880—1914« und B. A. Romanov »Rußlands »friedliche Durchdringung« der Mandschurei«.

Zur Analyse des amerikanischen Imperialismus wurden folgende Texte ausgewählt: W. LaFeber »Der »merkantilistische Imperialismus« Alfred T. Mahans«, ein Beitrag, der nicht zuletzt wegen der weiten Verbreitung der Ideen Mahans auch bei den deutschen Vorkämpfern für die Seerüstung⁷ bedeutsam ist. Th. McCormick »Inselimperialismus und »Offene Tür«: Der Chinesische Markt und der spanisch-amerikanische Krieg« untersucht die Ausdehnung der USA im Pazifik. Der Beitrag von W. A. Williams »Amerikas »idealistischer« Imperialismus 1900—1917« geht über das spezifische Problem der Expansion hinaus und bietet eine ideologie-kritische Analyse der amerikanischen Außenpolitik.

Auffallend ist das gänzliche Fehlen des französischen Imperialismus sowie der italienischen Expansionsversuche, bedauerlich auch die Auslassung der Expansionsbestrebungen einer außereuropäischen Macht wie Japan.

Am schwächsten und ohne klare Linie ist der erste Teil des Arbeitsbuchs mit H. Lüthy »Die Kolonisation und die Einheit der Geschichte«, H. Arendt »Imperialismus: Die politische Weltanschauung der Bourgeoisie. Thomas Hobbes und der kapitalistische Markt«, Landes »Über das Wesen des ökonomischen Imperialismus«, Wehler »Sozialimperialismus« und E. Heimann »Rassismus und Imperialismus«. Diese bunte Palette versucht wohl, Einsicht zu geben in die Ansätze von Forschern verschiedenster Richtung. Lüthy versucht, den Imperialismus als Variante einer jahrtausendealten Kolonisationsbewegung und auf Grund psychischer Invarianten wie Machthunger darzustellen. Wehler bemerkt dagegen zu Recht, daß so entscheidende Größen wie die Industrialisierung und deren Folgen hier vollkommen übersehen werden. Eine vergleichende Expansionsforschung ist erst dann möglich, wenn die Expansionsbewegungen jeder Epoche in ihrer Eigenart erklärt werden können.

⁶ Neuerdings dazu H.-C. Schröder: Sozialismus und Imperialismus, I, Hannover 1968.

⁷ Vgl. Hinweis von V. Berghan: Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II, in: Historische Zeitschrift, 210, 1970, S. 63, Anm. 50.

Es ist hier der Ort, kurz auf zwei weitere nichtökonomische Imperialismustheorien hinzuweisen: häufig wird ein kausaler Zusammenhang zwischen technologischer Überlegenheit der Europäer und der Amerikaner sowie dem Imperialismus gesehen. Keineswegs kann dies als die Ursache des Imperialismus gewertet werden. Doch wird man die Bedeutung dieses Faktors höher einschätzen müssen als Wehler (S. 13), der selbst die Bedeutung der technologischen Weiterentwicklung im Industrialisierungsprozeß als beeinflussenden Faktor unterschätzt. Auch fortentwickelte Infrastruktur (Zahl der Schiffe etc.) oder aber neue Bedürfnisse der Industrie (man denke an die anhaltende Rohstoffdiskussion) haben auf die Entscheidung zur Expansion Einfluß genommen. Die wohl am häufigsten vorgetragene Imperialismustheorie versteht diesen als mißratenen Sprößling des Nationalismus⁸. Wehler weist mit Nachdruck darauf hin, daß es methodisch unzulässig ist, ein Komplexphänomen, wie es ja auch der Nationalismus ist, durch ein anderes zu ersetzen. Auch kann der Einfluß der nationalistischen Hysterie auf die Regierungsspitze als sehr gering angesetzt werden, wenn sich nicht breite Interessengruppen mit ihr identifizieren. Allerdings ist die Sicht vom extremen Nationalismus einseitig. Schließlich kann man hier auch die These, Kolonialerwerbung auf Grund von Schachzügen im europäischen Mächtekoncert, einordnen. Auch das Weltmachtstreben in dem Sinne, daß Formalisierung der Herrschaft eine Veränderung des Großmachtstatus einer europäischen Nation und damit des latenten Gleichgewichtes in Europa nach sich ziehe, ist in diese Rubrik einzuordnen. Hier bleibt es unerlässlich, auf neue Ansätze zu warten, da die bisherigen in einer engstirnigen Diplomatiegeschichte steckenblieben.

Die anderen Beiträge dieses Kapitels von Arendt, Landes, Wehler und Heimann versuchen auf sehr unterschiedliche Weise, das Verhältnis von kapitalistischer Wirtschaftsorganisation und Imperialismus herauszuarbeiten.

Zwei Klassiker der ökonomischen Imperialismustheorie werden von H.-C. Schröder »Hobsons Imperialismustheorie« und A. G. Meyer »Lenins Imperialismustheorie« vorgestellt. Man vermißt dagegen eine Analyse der für den Imperialismus so bedeutenden Theoretiker wie R. Luxemburg und R. Hilferding. Einen Ansatz dazu bietet Wehler in der Einleitung. Etwas aus dem üblichen Rahmen fallend ist die Theorie von J. Schumpeter. Per definitionem leugnet er eine Verbindung zwischen Kapitalismus und Imperialismus. Schumpeter macht atavistische Herrschaftsstrukturen (eine Kriegerklasse, die ihre raison d'être im Kämpfen sieht) für die Expansion verantwortlich. Die überkommenen Strukturen ragen in die kapitalistische Gesellschaft hinein. Eine groteske Folge davon ist, daß es einen britischen Imperialismus nicht geben kann. Eine vielleicht etwas zu negative Beschreibung bietet M. Greene »Schumpeters Imperialismustheorie«, denn die Problematik solcher atavistischer Strukturen kann etwa im Zusammenhang mit dem Sozialimperialismus, wie ihn Wehler postuliert, durchaus fruchtbare Ansätze bieten.

II. Wehler selbst steuert diesem Arbeitsbuch neben einer Einleitung und kommentierenden Bemerkungen zu einzelnen Kapiteln zwei Beiträge bei: »Sozialimperialismus« und »Bismarcks Imperialismus«. Da er zu den produktivsten Köpfen nicht nur der Imperialismusforschung, sondern der deutschen Geschichtswis-

⁸ Z. B. W. J. Mommsen: Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt/M. 1969 (= Fischer Weltgeschichte 29) (zit. Mommsen). Vgl. auch seine Rezension von H.-U. Wehler: Bismarck und der Imperialismus, in: Die Welt der Literatur 21, v. 8. 10. 1969.

senschaft überhaupt gerechnet wird⁹, verlohnt es sich, seine Ausführungen eingehender zu betrachten.

Als harter Kern der Wehlerschen Imperialismustheorie hat sich noch deutlicher als im Bismarck-Buch die Theorie des Sozialimperialismus herausgebildet. Sie ist vor allem in der brillanten Einleitung zu »Bismarck und der Imperialismus« konzipiert auf Grund der Modellvorstellung eines »interdependenten Regelsystems« (S. 19) von Politik, sozio-ökonomischen Strukturen und »Ideen« mit dem Ziel, ein Theorienbündel über Antriebskräfte, Verlaufsformen und Auswirkungen des Imperialismus zu schaffen. Wehler versucht mit dieser Methode, das komplexe Phänomen Imperialismus zu erklären. Daß dieser Vorsatz nicht nur Replik der Einleitung bleibt, sondern konsequent durchgeführt wird, gehört zu den beachtenswertesten Seiten dieses Buches. Basis dieser Theorie ist das Postulat — und damit greift er auf eine lange Kette von Beobachtungen zurück, wie sie von den »Philosophischen Radikalen«, Marx, Hobson und vielen mehr dargelegt wurden —, daß die industrielle Revolution und die komplexen Folgen der Industrialisierung der entscheidendste Faktor für Veränderungen der sozio-ökonomischen Struktur wie auch der »Ideen« und damit auch der politischen Aktionen sei. Daraus ist einerseits zu folgern, daß eine solche Theorie nicht mehr auskommt mit der herkömmlichen Methode des Verstehens, da sie die modernen Kenntnisse der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit verwenden muß, zum anderen, daß die Darstellung des deutschen Imperialismus als Folge bloßer Machtrivalitäten als eingengt und unzureichend abgetan werden können. Weiterhin betont Wehler, daß seine Theorie nicht das Gesamt der unendlich komplexen Realität erfassen will — mit J. Habermas sieht er dieses Unterfangen als nicht realisierbar an —, sondern versucht, durch das »Dickicht vergangener Ereignisse und Motive« eine Schneise zu schlagen (S. 15). Dies gehört zu den am meisten gefährdeten Punkten seiner Methodologie, die noch genau geprüft werden müssen, da wohl die Wissenschaftstheorie ein hochentwickeltes Konzept zur Überprüfung solcher Theorien entwickelt hat, deren Operationalisierung für die Geschichte aber noch nicht geleistet ist. Doch dies ist nur der eine Aspekt des »Erklärens« des Komplexphänomens Imperialismus, sozusagen der explizit formulierte kategoriale Rahmen der Untersuchung, die nur als solche auch eingehen kann in eine »politische Pädagogik«¹⁰. Innerhalb dieses Erklärungssystems wird das historische Untersuchen mit zeitgenössischen Größen nicht aufgegeben¹¹. Schon um der Gefahr einer ex-post Interpretation zu entgehen, fordert Wehler, in der historischen Darstellung die Aktionen und Motive der Agierenden mit den Vorstellungen der Agierenden selbst zu begreifen. Damit erreicht er zweierlei: es ist gewährleistet, daß die generelle Theorie an den speziellen Fakten überprüfbar ist, und daß andererseits die speziellen Aktionen in ihrer Besonderheit erst pointiert hervorgehoben werden können.

Bevor noch einmal mit einigen kritischen Einwänden auf die Ausformulierung der Imperialismustheorie eingegangen wird, sollen die ereignisgeschichtlichen Partien des Bismarck-Buches näher betrachtet werden, da dort die in dem Artikel »Bismarcks Imperialismus« thesenartig zusammengefaßten Bemerkungen explizit dargestellt werden. Mit ausführlichen Längs- und Querschnitten, »Sozial-ökonomische Krisenzeit« (wo die wirtschaftliche Struktur und Entwicklung in

⁹ So die bisherigen Rezensionen von K. Hildebrand, in: Die Zeit 33, v. 15. 8. 1969 (zit. Hildebrand), Mommsen, M. Stürmer (zit. Stürmer), u. W.-D. Narr, in: Neue Politische Literatur 1970, S. 188—212. Einzig ablehnend und polemisch W. Treue, in: FAZ, v. 11. 7. 1963.

¹⁰ Dazu besonders Stürmer, S. 106 ff.

¹¹ Dies besonders deutlich bei Hildebrand.

der Zeit der großen Depression untersucht wird) und »ideologischer Konsensus: Exportoffensive und Sozialimperialismus als Konjunktur- und Gesellschaftspolitik« (Analyse der einzelnen am Entscheidungsprozeß beteiligten Personen und Gruppen und deren Wunsch und Zielvorstellungen) breitet Wehler die Basis aus für die Ereignisgeschichte, in denen die einzelnen Unternehmungen von der Exportförderung bis zur Kolonialerwerbung beschrieben werden. Was Wehler in diesen Kapiteln an Quellen und Sekundärliteratur eingearbeitet hat, verdient Bewunderung und ist kaum zu übertreffen. An diesem Material kann er verdeutlichen, wie die Krisensituation nach 1873 sich verdichtete in einem Streben einerseits nach Abkapselung¹² zum andern nach Expansion, und daß die auf Grund der großen Depression gesteigerte Revolutionsfurcht sich in den Versuch ummünzte, mit dem Imperialismus eine Art Ablenkungsideologie zu schaffen. Ein gewichtiger Mangel liegt in der geringen Durchlässigkeit der einzelnen Kapitel. Nur so ist es zu verstehen, daß das endgültige Verlaufsmodell von Bismarcks Imperialismus etwas mager ausfällt. Um es sehr scharf zu formulieren: Wehler hat ein direktes Agens-Reagens-Schema aufgebaut mit einer Anzahl marginaler Erklärungsartikel, die nicht integriert wurden: die wirtschaftliche Entwicklung sendet Impulse aus, Bismarck reagiert; dazwischen ist eine breite nivellierte Schicht im wesentlichen von »Pro's« und vereinzelt »Contra's«, die eine genauer umrissene Funktion nicht haben.

Um nur zwei wahrscheinliche allgemeine Gründe für diesen Mangel zu nennen: 1. Das Fehlen von Einzelfallstudien, von denen ausgehend man den Stellenwert und die Funktion einzelner Gruppen besser bestimmen kann, 2. Mangel an Methodologie. Im Gegensatz zu anderen Sozialwissenschaften beschäftigte sich die Geschichtswissenschaft nur im geringen Umfang mit der Möglichkeit der Explikation multikausaler Begründungszusammenhänge. Zwar wurde die Summierung der Fakten und Einzelpunkte weitgehend überwunden, aber schon die explizite Formulierung von Prioritätsskalen — auch Wehler leistet sie mit dem Hinweis auf die kritische Theorie nur ungenügend — stößt auf Schwierigkeiten, und gar die Grundlegung von multikausalen Begründungszusammenhängen von historischen Ereignissen bleibt allein der Willkür des einzelnen Historikers überlassen. Zwar gehört es schon zum Gemeingut, daß Wirtschaft, Politik und Ideen nicht getrennt analysiert werden können, doch die methodische Bewältigung fehlt weiterhin.

Nicht unbedingt diesen Mangelerscheinungen ist es zuzuschreiben, daß trotz der überwältigenden Häufung von Zitaten und Meinungsbildern nicht klar herausgestellt wurde, welche Vertreter für welche Industriegruppen repräsentativ für eine Intensivierung des Exporthandels etwa im Sinne des Fair-Trade stimmten, welche für eine Kolonialpolitik plädierten und welche konkreten Ziele sie dabei verfolgten, schließlich, welche Industriezweige und welche Organisationen wann und warum umgestimmt wurden. Auch in diesen Kleinbereichen der Untersuchung darf man bei entsprechender Korrelierung mit ökonomischen, sozialen und biographischen Daten noch Ergebnisse erwarten, die das etwas vage, aber von Wehler mit vielen Zitaten gestützte Bild einer an der Kolonialpolitik interessierten Mehrheit aufschlüsseln.

Schließlich muß auch noch herausgestellt werden, was Wehler nicht oder nur am Rande einbezogen hat und was vielleicht zur Veränderung des Gesamtbildes führen könnte. So fehlt die Art und der Einfluß der zumindest anfangs noch

¹² Vgl. H. Rosenberg: Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.

breiten anti-imperialistischen Schicht. Gerade solche hochinteressanten Daten, die wohl mit bewundernswerter Sorgfalt gesammelt wurden, sind zu einer breiten Zitatenschicht nivelliert worden, wobei auf der einen Seite die fatale Tendenz zur Atomisierung (Hamacher, Bamberger etc.), auf der anderen Seite zur hier unzureichenden Globalisierung unverkennbar ist. Eng mit dieser anti-imperialistischen Schicht liiert ist der Links-Liberalismus. Zwar beschreibt Wehler diese Gruppe, doch über den Stellenwert und die Funktion parlamentarischer Fraktionen in der Auseinandersetzung um die Expansionspolitik ist wenig zu erfahren. In der Innenpolitik mangelt es ferner noch an einer Aufschlüsselung der regionalen Zustimmung und Ablehnung der imperialistischen Politik Bismarcks, die wohl auch in enger Verbindung gesehen werden muß mit den regional differierenden Interessen der Wirtschaft. In der Linie von Kehrs Primat der Innenpolitik werden die außenpolitischen Faktoren nur am Rande mit einbezogen. Im wesentlichen stützt sich Wehler dann auf die Thesen von W. Rothfels. Diese Punkte könnten erste »Test-Cases« der Wehlerschen Analyse werden.

Wie schon erwähnt, betrachtet Wehler den Imperialismus der Bismarck-Zeit in seiner einen Komponente als eine Folge von antizyklischen Maßnahmen gegen die wirtschaftlichen Wachstumsstörungen in Form von Unterstützungen einer umfassenden Exportoffensive. Dadurch verlieren die einzelnen Maßnahmen von der Samoavorlage (1880) bis zur aktiven Erwerbung von Kolonien (1884/85) ihren punktuellen Charakter und der Kolonialimperialismus ist eine nur gesteierte Variante der allgemeinen Exportoffensive auf dem Hintergrund der großen Depression. Als weiteren Grund, der zur Formalisierung der Herrschaft in den Kolonialgebieten führt, nennt Wehler — er folgt damit Landes — die zunehmende internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt und die Tendenz zur Abkapselung einzelner Märkte (Zollprotektionismus 1879 zum Beispiel). Damit durchbricht Wehler das einzige Mal die sonst endogenen Begründungszusammenhänge, gleichzeitig aber auch die gezogene Linie von Exportförderung zur Kolonialgründung. Es scheint überhaupt fraglich, ob es sinnvoll ist, diese Linie zu ziehen. Zum einen ist es verwunderlich, daß die Eskalation der Exportoffensive bis zur Kolonialerwerbung sich umgekehrt proportional zur Entwicklung der Wirtschaftskrise verhält. Es müßte hier geklärt werden, ob sich parallel zu der Wirtschaftsentwicklung ein Wechsel in den Vertretern des ideologischen Konsensus abzeichnet, etwa von den wirtschaftlichen Verbänden zu mittelständischen Gruppen. Zum andern ist meines Erachtens die Formalisierung der Herrschaft aus zweierlei Gründen im realpolitischen Kontext nicht als Extrem einer Exportförderung zu betrachten: a) Im innenpolitischen Rahmen wird durch die Formalisierung eine Machtverschiebung offensichtlich. Es wird ein neuer außerparlamentarischer, ja antiparlamentarischer Raum geschaffen. Die Bedeutung der Kolonien als kaiserliche Kolonien in ihrem antiparlamentarischen Aspekt ist noch nicht gewürdigt worden. Diese Machtverschiebung wird besonders deutlich daran, daß in den Handelsgesellschaften, die ja seltsame wirtschaftlich-politische Zwitter sind, eine ganz neue Instanzenkette ausgebildet wurde. Wie schon im Falle des Volkswirtschaftsrates wurde hier eine Verbindung zu den »produktiven Ständen« auf Kosten des Parlaments hergestellt. b) Die Formalisierung der Herrschaft über ein Territorium ist ein hochpolitischer Akt, der Rückwirkungen auf das ganze europäische Mächtegefüge zeitigt (zum Beispiel der englisch-russische Gegensatz). Zumindest im Fall von Ägypten werden von deutscher Seite auch machtpolitische Motive sichtbar. Dies soll nicht einer politischen Interpretation des Imperialismus das Wort reden, sondern soll auf die unterschiedliche Qualität informeller Exportunterstützung und kolonialer Erwerbung hinweisen.

Die Forderung, daß der Staat in Exportfragen die Wirtschaft unterstützen solle, war vorhanden. Jedoch ist damit der Kolonialerwerbung in Afrika immer noch nicht geklärt. In diesem Problemkreis ist wohl die Unsicherheit noch am größten. Die kolonialen Erwerbungen in Afrika bilden immer noch ein Dickicht von langfristigen Plänen (etwa Erhaltung Indiens), zeitlich gestaffelter Entwicklung, Eigentendenzen kolonialer Entwicklung (Südafrika), zunehmender internationaler Konkurrenz (Torschlußpanik), machtpolitischen Erwägungen und last not least innenwirtschaftlichen und krisenpsychologischen Erwägungen. Die krisenpsychologische Begründung, wie sie Wehler neben anderem vertritt, scheint mir bisher eine Extrapolation aus antizyklischen Erfahrungen zu sein, aber noch nicht hinreichend bei Bismarck nachgewiesen. Ein langfristiges Mittelafrikakonzept kann zwar bei verschiedenen Interessengruppen und Agitationszirkeln dargestellt werden, doch für Bismarck wurde es nicht aufgezeigt. Bismarck bremste sogar das rücksichtslose Vorpreschen in den innerafrikanischen Raum. Auch Wehler kommt zu dem Ergebnis, daß Bismarcks Verhalten in dieser Frage widerspruchsvoll war, wenn er auch das Vordringen Bismarcks als konjunkturpolitische Sonderzulage unter internationalem Druck erklärt. Festzuhalten bleibt aber, daß Industrie und Kapital in den neuerworbenen Gebieten keine oder nur eine kleine Niederlassung hatten oder wie in Ostafrika eine Niederlassung nicht als notwendig erachteten, daß ferner wirtschaftliche Gruppen diese Sonderzulage nicht honorierten, dort keine Investitionen unternahmen und auch keine größeren Exporte tätigten. Ob mit dieser — im konjunkturpolitischen Sinne gesehen — Fehlleistung krisenpsychologisch dennoch geholfen wurde, ist meines Erachtens nicht wahrscheinlich.

Die Dinge liegen etwas anders im Pazifik, wo einzelne bedeutende Wirtschaftsinteressen, die unter akutem politischem Druck standen, geschützt wurden, und ein langfristiger Anreiz — der Panamakanal — bestand, obwohl auch hier das Mißverhältnis zwischen antizyklischen Maßnahmen und unterstützten Interessen, wenn diese auch durch Agitation maßlos aufgebauscht wurden, Zweifel aufkommen läßt. Eine annähernde Lösung, die trotz Wehlers Beitrag immer noch aussteht, und die sich in einer Theorie der Verlaufsformen äußern müßte, wäre vermutlich zu erreichen a) durch eine nochmalige Prüfung der konkreten Kolonialziele, der dahinterstehenden Gruppen und ihres Einflusses sowohl im nationalen wie auch im internationalen Rahmen. Das Aufzeigen einer allgemeinen Bereitschaft oder einer vagen »Afrika-Hoffnung« ist trotz des Informationsmangels der damaligen Unternehmer nicht ausreichend; b) fernerhin wäre eine rigorose Synchronisation der internationalen Bewegungsabläufe notwendig, einmal indem man die Hypothese von Landes spezifiziert und zum andern, indem man die internationalen Spannungen in Europa miteinbezieht.

Im Rahmen des Gesamtkonzeptes der Wehlerschen Imperialismustheorie kommt dem Imperialismus der Exportförderung nur sekundäre Bedeutung zu. Im Mittelpunkt steht der »manipulative Sozialimperialismus«. Wehler reiht diesen manipulativen Imperialismus in eine lange Kette »antiemanzipatorischer« Entscheidungen ein. Eines der Grundprobleme für Bismarck und die Folgezeit war es, wie eine hochkapitalistische Gesellschaft in einen konservativen Obrigkeitsstaat integriert werden sollte. Der Imperialismus Bismarcks, der nie den überschwappenden Eifer der Kolonialfanatiker teilte, sondern taktisch klug mit ihnen arbeitete, war darauf abgestimmt, wie der Antisemitismus, die Anglophobie und der extreme Nationalismus, eine neue Legitimations- und Integrationsbasis für die antagonistischen Interessen in diesem Staat zu schaffen. An der Fruchtbarkeit dieser langfristigen Perspektive, die weit über Bismarck hinaus-

reicht, ist meines Erachtens nichts zu deuten. Fraglich bleibt, ob der Sozialimperialismus im Rahmen eines großen manipulativen Konzepts nicht überschätzt wurde, weil Bismarcks »politisches Genie« und dessen »bonapartistische Stellung« zu stark betont wurden. Nach dem Wahl-Desaster von 1881 war Bismarcks Handlungsspielraum äußerst begrenzt. Für ihn war es tatsächlich eine »Lebensfrage« geworden, die Wahl 1884 zu gewinnen. Die aufgeblähte Wahlpropaganda — die dann schon 1885 abflaute und 1886 in sich zusammenfiel — war eine Art Rettungsanker. Hauptgegner dieser Kolonialagitation waren im geringeren Maße die Sozialisten. Im Vordergrund standen die Linksliberalen, die in der Mehrzahl aus Altpreußen stammten und zudem eine beachtliche wirtschaftliche Interessenvertretung wahrnahmen. Es ist wohl ein Gutteil auf diese Agitation zurückzuführen, daß sich Bismarck nach den Wahlen so tatkräftig für die Kolonien einsetzen mußte, um eben der eigenen Agitation gerecht zu werden¹³. Bismarck konnte zwischen zwei Übeln wählen: Kolonialagitation und eventuelle Erwerbung von Kolonien, um seine eigene Stellung zu festigen, oder die Wahrscheinlichkeit einer unstabilen, ja Bismarck-feindlichen Mehrheit im Reichstag. Wehler tendiert dazu, diese Zwangssituation zugunsten eines großen, übergeordneten Konzepts zu verkleinern. Bismarck ist das »große politische Genie«, das über seinen Gegnern steht und sie gegenseitig ausspielt. Dagegen sollte betont werden, wie gering die Entscheidungsfreiheiten Bismarcks auf Grund seiner festgefahrenen konservativen Konzepte, trotz seiner »neoabsolutistischen« Stellung, waren. Er befand sich in permanenter Flucht nach vorn, um sein bedrohtes System und sich selbst zu retten. Am ehesten konnte er auf die agrarisch-konservative Fronde rechnen, doch sowohl diese wie auch die »Kapitalisten« nutzten seine Schwächen rücksichtslos aus. Der geniale Entwurf des neuen Integrationspoles Imperialismus war für Bismarck ein temporärer Ausweg, der sich aus verschiedenen Gründen anbot, sich allerdings — erst einmal inauguriert — selbst weiterentwickelte, in den Jahren nach 1886 allerdings durch innereuropäische Probleme überdeckt wurde. Mit diesen Bemerkungen ist keine ins einzelne gehende Analyse der von Wehler gebotenen, eindrucksvollen Synthese von Bismarcks Imperialismus gegeben. Jedoch zeigt sich hier, daß auch in diesem Fall die Person und die Leistung Bismarcks im Mittelpunkt der Diskussion über einen wesentlichen Punkt des Verlaufs des deutschen Imperialismus stehen wird.

Die Theorie des Imperialismus selbst weist in der Art, wie sie Wehler dargestellt hat, eine grundlegende Schwäche auf. Meines Erachtens hat Wehler bisher nur eine allgemeine Vorstufe einer Theorie geboten, die zu allgemein ist, um eine hinreichende Erklärungskraft zu besitzen. Er hat mit der Theorie des Sozialimperialismus — etwas anders verhält es sich mit dem Exportimperialismus — eine Herrschaftsstrategie geliefert, die allgemein gebräuchlich ist. Sie besteht darin, interne Probleme durch Zielprojektionen in Außenräume und durch außenpolitische Aktionen zu vertuschen, allgemein durch Betonung einer Out-Group die In-Group zu einigen, und zwar gewöhnlich unter einer autoritären Führung. Daß diese geringe explanative Kraft der Theorie kaum deutlich wird, liegt daran, daß praktisch im Gegenzug dazu in der Explikation der Theorie dieses allgemeine Konzept einer Herrschaftsstrategie auf eine Person fixiert wird: auf Bismarck. Damit gelangt Wehler im Rahmen seiner allgemeinen Beobachtung über Herrschaftssicherung zu sehr speziellen Reaktionsweisen von Bismarck auf ganz

¹³ Dies betont auch H. Pogge v. Strandmann: *Domestic Origins of Germany's Colonial Expansion under Bismarck*, in: *Past and Present*, 42, 1969, S. 140—159.

spezifische Daten des 19. Jahrhunderts, ja sogar auf den Sonderfall Deutschland, der zusätzlich hervorsticht durch ein besonders rapides Wachstum bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung agrarischer Herrschaftsstrukturen. Die Herrschaftsstrategie ist international, praktisch universell, wird also auch überall nachweisbar sein. Damit ist aber keine Bestätigung der Theorie des Imperialismus erreicht, sondern lediglich eine zu erwartende Bestätigung dieser Herrschaftsstrategie. Eine Theorie des Imperialismus im Wehlerschen Sinn müßte aber klären, warum diese Herrschaftsstrategie gerade als Imperialismus auftrat, also als »die direkte, formelle, koloniale Gebietsherrschaft... wie auch die direkte, informelle Herrschaft entwickelter Industriestaaten über die weniger entwickelten Regionen der Erde« (Wehler, *Imperialismus*, S. 11). Ein Beispiel: ein Erklärungsversuch mit sozialen Daten, wie etwa dem Erstarken der Arbeiterorganisationen, ist nicht hinreichend, da dieser Druck nur die besondere Dringlichkeit der Ablenkungsmanöver zeigt, aber nicht den Imperialismus begründen kann. Die unzureichende Theorienbildung wird besonders klar an den Exkursen Wehlers über die Kontinuität des Imperialismus bis 1945. Diese besteht allein in der Kontinuität der angeführten Herrschaftsstrategie. Ferner kann man sich fragen, ob das abrupte Ende des Imperialismus im Jahre 1945 nicht in Wehlers Theorie begründet ist, da nach 1945 neue Integrationselemente in Ideologien und deren entsprechenden Anti-Ideologien (Anti-Kommunismus etc.) gefunden wurden. Seine Theorie ist mit einem Wort keine Theorie des Imperialismus. Dennoch ist das Konzept des Sozialimperialismus sehr brauchbar. Es wäre zum Beispiel nachzuprüfen, ob die endogenen Kräfte des deutschen Kapitalismus um 1885 gar nicht ausreichend waren, einen Imperialismus zu produzieren (was das mangelnde Interesse an den Kolonien erklären helfen würde), daß aber der Imperialismus vom englischen Vorbild aus taktischen Gründen von der politischen Führungsspitze quasi »erlernt« wurde. Dieser letzte Gedanke leitet über auf eine besondere Qualität des Wehlerschen Ansatzes: Dank seiner expliziten Formulierung fördert er das Weiterdenken!

Michael Geyer

Bernd Stegemann: Die Deutsche Marinepolitik 1916—1918. Duncker u. Humblot, Berlin 1970, 179 Seiten (= Historische Forschung, Bd 4).

Jeder Interessierte wird eine Publikation mit einem derartig umfassenden Titel mit großen Erwartungen in die Hand nehmen, da trotz einer großen Zahl von Einzeluntersuchungen eine zusammenfassende, militärgeschichtlich orientierte Darstellung der Geschichte der Kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg noch immer fehlt. Diese Erwartungen enttäuscht der Verfasser, der in der Einleitung sogleich die weitgespannte Thematik auf eine Spezialuntersuchung zur Problematik des U-Bootkrieges und des Einsatzes der Hochseeflotte reduziert. Hinsichtlich des U-Bootkrieges verzichtet er überdies bewußt darauf, die außenpolitische Komponente einzubeziehen und auf ein näheres Eingehen auf die hochbedeutsame innenpolitisch motivierte, vom Seeoffizierkorps initiierte und mitgetragene Propaganda für eine uneingeschränkte Kriegführung mit dieser Waffe

näher einzugehen. Stegemann konzentriert sich vielmehr im wesentlichen auf die Darstellung der im Admiralstab und im Kommando der Hochseestreitkräfte angestellten Überlegungen für den Einsatz der Marine und auf die Interpretation der entsprechenden Weisungen und Befehle sowie deren Auswirkungen — das einführende und das abschließende Kapitel können auf Grund ihres Teilaspektes referierenden Charakters nicht befriedigen.

Stegemann konnte für seine Untersuchung die in reichem Maße zur Verfügung stehenden Akten des Marinearchivs benutzen. Er versäumt es allerdings, die für ein schnelles Auffinden der Akten unerläßlichen Faszikel — beziehungsweise PG-Nummern der Aktenbände anzugeben. In Übereinstimmung mit den Forschungen Spindlers, dem Verfasser der entsprechenden Bände des Seekriegswerkes, stellt er den erstaunlichen Erfolg der U-Bootkriegführung nach Prisennordnung im Jahre 1916 heraus und trägt durch einige bisher unbekannte Tatsachen zur weiteren Absicherung dieses Ergebnisses bei. Der Flottenchef, Admiral Scheer, der sich schon im Jahre 1914 in zwei Denkschriften mit der U-Bootkriegführung beschäftigte, hatte in den Auseinandersetzungen mit dem Admiralstab und der politischen Reichsleitung starr den Standpunkt vertreten, daß nur durch den uneingeschränkten Einsatz der Boote der angestrebte optimale Erfolg zu erzielen sei. Daß taktische Notwendigkeiten zu einem derartigen Einsatz der leicht verletzbaren Boote zwangen, läßt sich nicht nachweisen. In dem relativ ungünstigen Monat Januar 1917 wurden insgesamt 439 500 BRT im Handelskrieg nach Prisennordnung versenkt und doch erschien dem Flottenkommando die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges als eine unabdingbare Notwendigkeit, obwohl — und hierin liegt die Groteske — Kapitän z. S. v. Levetzow als Vertreter Scheers dem Reichskanzler nur ein monatliches Versenkungsergebnis von 500 000 BRT garantieren zu können glaubte. Worin liegt nun die Erklärung für diese Verhaltensweise? Stegemann verweist auf den erhofften Abschreckungseffekt gegenüber der neutralen Schifffahrt und stellt im übrigen lapidar fest, daß »die Forderung nach dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg für die Flotte und weitgehend auch für die gesamte Kaiserliche Marine eine zu selbstverständliche Position geworden war«. Die Gründe hierfür erörtert er allerdings nicht. Ein Erklärungsversuch würde hineinführen in die innenpolitische Auseinandersetzung, an der sich die führenden Offiziere des Flottenkommandos lebhaft beteiligten. In der Verhaltensweise Scheers zeigt sich aber auch das traditionelle Streben jedes militärischen Führers, jeglichen Einfluß politischer Überlegungen auf die Kriegführung auszuschalten.

Es ist bekannt, daß die Entscheidung vom 9. Januar 1917 wesentlich durch die Denkschrift des Admiralstabes vom 22. Dezember 1916 beeinflusst worden ist. Stegemann hat die Entstehung dieser Denkschrift eingehend untersucht und die Arbeitsweise des entsprechenden Dezernates des Admiralstabes einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Dabei kommt zum Vorschein, daß der Direktor der Magdeburger Discontogesellschaft, Dr. Richard Fuß, der als Leutnant im Admiralstab Dienst tat, sehr geschickt nicht nur gegenteilige Berechnungen zur britischen Lebensmittelversorgung überspielte, sondern auch die Aussagen der Denkschrift vom 22. Dezember 1916 über die zu erwartenden Auswirkungen des uneingeschränkten U-Bootkrieges dermaßen im unklaren beließ, daß mit ihnen alles aber auch nichts bewiesen werden konnte. Fuß setzte fast ausschließlich auf die psychologische Wirkung gegenüber den feindlichen und neutralen Staaten — »Im Leben entscheiden nicht die Dinge, wie sie sind, sondern die Bilder, die sich die Menschen von ihnen machen« (S. 60) —, während der Chef des Admiralstabes, Holtzendorff, auf die materiellen Konsequenzen des U-Boot-

krieges baute. Manche Formulierungen Stegemanns legen die Vermutung nahe, daß er in dem Vorgehen des Dezernenten und seines Abteilungschefs, Kapitän z. S. Graßhoff, nahezu eine Überrumpelung Holtzendorffs sieht. Dabei ist allerdings zu beachten, daß das Bild der Persönlichkeit des Admiralstabschefs nach wie vor ohne klare Konturen bleibt. Ebenso wird das Urteil über die Bedeutung der Tätigkeit von Fuß und seines Vorgesetzten Graßhoff erst dann an Aussagekraft gewinnen, wenn ihr Wirken und ihre Persönlichkeiten in die politische Szenerie jener Jahre hineingestellt werden.

Wenige Wochen nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges ergaben sich neue Probleme durch die von der Reichsleitung aber auch der OHL und dem Kriegsamt geforderte Rücksichtnahme auf die skandinavischen Staaten, auf deren Lebensmittel- und Erzlieferungen man angewiesen war. Stegemann weist nach, daß das deutscherseits mit Dänemark geschlossene Abkommen (dänische Lebensmittelausfuhr nach Bergen) in keiner Weise die Aktionen der U-Boote im Handelskrieg zu beeinträchtigen brauchte. Scheer vertraute jedoch in erster Linie auf die abschreckende Wirkung des uneingeschränkten U-Bootkrieges, sah in dem Abkommen mit Dänemark eine Durchbrechung des Prinzips und lehnte alle praktikablen Vorschläge des Admiralstabes ab. Trotha, der Chef des Stabes des Flottenkommandos, schrieb: »Der Geist, der den U-Krieg beherrscht, übt auf den Gegner und die Neutralen die stärkste Wirkung aus, jede an sich noch so geringe Schwächung macht den Zahlenerfolg tot« (S. 79).

Ähnliches erklärte Fuß vor dem Industrie-Club in Düsseldorf Ende März 1917: Er sprach von der »reinigenden Wucht des Entschlusses zum U-Boot-Krieg«, dessen Größe gerade darin bestehe, daß er »nicht die Vorwegnahme eines gewissen Ergebnisses, sondern ein mutiger Griff des Menschen in die Lose der Zukunft« (S. 82) sei. Auch hierin zeigt sich, daß der U-Bootkrieg innerhalb der Kaiserlichen Marine nicht ausschließlich als militärisch notwendige Maßnahme, sondern auch als ein politisches Kampfmittel verstanden wurde, dessen innenpolitische Komponente noch einer näheren Untersuchung bedarf.

Der U-Bootkrieg hat nicht zu dem erwünschten Ergebnis geführt, eine Tatsache, die sich bereits im Spätsommer 1917 abzeichnete¹. Stegemann weist diese Entwicklung mit Hilfe sehr interessanter statistischer Daten im einzelnen nach, wozu er auch die angelsächsische Literatur heranzieht. Es ist bekannt, daß vornehmlich die Einführung des Geleitsystems und der gesteigerte, massenweise Einsatz der Abwehrmittel (Minen, Wasserbomben etc.) die Erfolgsziffern der U-Boote herabdrückten, jedoch nicht die Verwendung eines neuen technischen Hilfsmittels vergleichbar der Radartechnik des Zweiten Weltkrieges. Stegemann macht nun darauf aufmerksam, daß die Kaiserliche Marine auch in der Entwicklung der Abwehrmethoden gegen U-Boote einen deutlichen Vorsprung vor den Briten hatte. Die Handelsschutzflottille übernahm im Frühjahr 1916 die Sicherung des Seeverkehrs in der Ostsee, insbesondere der Verbindung von und nach Schweden. Hier wurde das Geleitsystem und der Einsatz von Wasserbomben, Nebelapparaten und Unterwassergeräuschempfängern erfolgreich erprobt und es wurde darüber auch berichtet — allerdings blieben diese Berichte ohne erkennbaren Einfluß auf den Entscheidungsprozeß, der zum uneingeschränkten U-Bootkrieg führte, noch wurde in der Folge aus ihnen Nutzen gezogen.

¹ B. Stegemann, S. 102: »Im März 1918 konnten Neubauten die Verluste ersetzen, im Mai überstieg der Zugang die Versenkungen.« Dagegen schreibt G. Bidlingmaier: Seegeltung in der deutschen Geschichte, Darmstadt 1967 (= Handbuch des Seeeffiziers, hrsg. von A. Schulze-Hinrichs, Bd 5), S. 168 (September 1918): »Der Neubau an Schiffsraum hatte die Versenkungsziffer noch lange nicht erreicht...«. Vgl. hierzu auch L. Burchardt: Die personellen und wirtschaftlichen Anstrengungen der USA im Ersten Weltkrieg, in: MGM 2/70, S. 68.

Noch ein kurzes Wort zu den beiden abschließenden Kapitel der Studie, die sich mit dem Einsatz der Hochseeflotte und dem Programm der im August 1918 sich etablierenden Seekriegsleitung beschäftigen. Sie stellen im wesentlichen eine Zusammenfassung der bereits im Seekriegswerk und an anderen Stellen geschilderten Vorgänge dar und bringen insbesondere für die Schlußphase des Krieges keine neuen Aspekte in die Diskussion ein. Interessant sind jedoch Stegemanns Urteile über die Seekriegführung der Hochseeflotte. Er wirft dem Flottenkommando vor, auf den U-Bootkrieg unterstützende Operationen weitgehend verzichtet zu haben, obwohl die erfolgreiche Unternehmung der Kleinen Kreuzer »Brummer« und »Bremse« im Oktober 1917 gegen den von Bergen ausgehenden Geleitverkehr die immer noch vorhandenen Möglichkeiten aufgezeigt hatte. »Tirpitz' Erben wußten für einen Schlachtkörper zwischen Helgoland und Themsemündung offenbar keine Verwendung mehr« (S. 128).

Aus dem in der Studie geschilderten Verlauf des U-Bootkrieges erhebt sich von neuem die Frage, wie es möglich war, daß die Kaiserliche Marine, die von allem Anfang an sich an der Royal Navy orientierte, daß die Marinebehörden, die sich seit 1897 am eifrigsten von allen Reichsbehörden dem Studium der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Verhältnisse Großbritanniens widmeten, daß schließlich das Seeoffizierkorps in seiner Gesamtheit, das den britischen Gegner seit der Jahrhundertwende vor Augen hatte, einer derart fatalen Fehleinschätzung eben dieses Gegners erlag. Liegt hierfür in der tiefen Resignation von Tirpitz, die ihn bereits im Herbst 1914 erfaßte, ein erster Hinweis für eine Antwort?

Wilhelm Deist

Gerhard Wettig: Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917. Sonderdruck aus Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 12. Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1967, Seite 46—389 (= Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin. Historische Veröffentlichungen).

Ganze Bibliotheken könnten diejenigen Bücher füllen, die sich mit den revolutionären Ereignissen in Rußland im Jahre 1917 auseinandersetzen. Merkwürdigerweise ist aber über die Rolle, die die zaristische Armee in den wirren Machtkämpfen gespielt hat, im Westen wie im Osten wenig, viel zu wenig berichtet worden. Die russische Armee war ein nicht zu unterschätzender Faktor, der entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Revolution genommen hat. Durch Wettigs Buch wird dieses Thema jetzt um eine unparteiische und fachmännische Arbeit bereichert. Der Autor ist Historiker und Mitarbeiter des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. Vorweg gesagt, er ist seiner Aufgabe ausgezeichnet nachgekommen. Sowohl der Darstellungsweise als auch des Sach- und Quellenreichtums wegen verdient sein Werk außerordentliche Beachtung.

In drei großen Kapiteln verhandelt der Verfasser die Ereignisse vom Februar-Aufstand bis zur Juli-Krise. Er beginnt mit einem Überblick über die Lage der russischen Armee am Vorabend der Februar-Revolution, wobei er insbesondere das Verhältnis des Offiziers zum Soldaten in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen stellt. Der verschwenderische Umgang mit den Kadern führte in den ersten Monaten des Krieges rasch zu ungeheuren Offiziersverlusten. Der Vorgesetztenmangel ließ den Bedarf an Offizieren bis 1916 wenigstens auf das Zwölfwache vom Juli 1914 steigen. Die in Sechswochenkursen ausgebildeten Fähnriche vermochten zwar die Lücken zu schließen, aber sie verfügten weder über ausreichende Autorität noch entsprachen sie den militärtechnischen Anforderungen. Die zaristische Militäradministration war obendrein nicht imstande, der veränderten Lage ausreichend Rechnung zu tragen. Die schlechte Organisation, das Protektionsunwesen und die Unfähigkeit, die unter den Waffen stehenden Massen vom Sinn des Krieges zu überzeugen, ließen die Unruhe in allen Bereichen des Militärwesens — begünstigt durch den Mangel an Bekleidung und Ausrüstung — wachsen.

Die einfachen russischen Soldaten besaßen im Ersten Weltkrieg kein nationales Selbstbewußtsein, das sie die Machtziele des russischen Reiches als eigenes Lebensinteresse hätten erleben lassen. Der bürgerliche Nationalismus des 19. Jahrhunderts hatte die aus bäuerlichen Kreisen stammende Masse Soldaten noch nicht erfaßt, für sie war nur die Beendigung des viel zu lange dauernden Krieges wichtig. Wettig versteht es ausgezeichnet, durch Stimmungsbilder auf Grund der Memoirenliteratur die damalige Lage plastisch vor Augen zu führen. Das Militärwesen als solches steckte in einer Krise, die Frontlage war schlecht, das Hinterland war voller materieller Nöte. Dazu kam das gestörte Vertrauensverhältnis zum Regime. Die liberalen Parteien führten ihren Kampf gegen die Regierung im Duma, und in Hofkreisen war das dem Ansehen der kaiserlichen Familie abträgliche Treiben des Mönches Rasputin ein offenes Geheimnis, das in Form von Gerüchten auch in den Schützengräben bekannt wurde. Die Mannschaften waren durchweg zu der Auffassung gekommen, daß die Regierung das Land bewußt verrate. »Ich bin nur ein einfacher Bauer, aber ich würde eine derartige Schande nicht zulassen, und er [Nikolaus II.] ist der Herrscher. Vergießen wir dafür unser Blut? . . . Ist er das auch wert?« So ein einfacher russischer Soldat in einem Gespräch mit Professor Lomonossow an der rumänischen Front 1916/17.

Sehr aufschlußreich sind diejenigen Abschnitte des Buches, in denen der Autor die geographische Verteilung der militärischen Kräfte am Vorabend der St. Petersburger Unruhen im Februar 1917 in allen ihren Einzelheiten untersucht. Er verzeichnet dabei im unmittelbaren Bereich der Hauptstadt zwischen 375 000 bis 485 000 Soldaten, also eine äußerst beträchtliche Kräfteballung, die jedoch in den entscheidenden Stunden eher den Aufständischen als der Regierung zugute kam. Der Aufstand breitete sich rasch aus. Die Polizei vermochte gegen die Demonstranten nichts zu erreichen. Die zu Hilfe geholten Kosaken begannen mit der Bevölkerung zu fraternisieren. Die Armee mußte aufmarschieren, konnte aber mit ihrem Eingreifen die Ordnung auch nicht wiederherstellen. Die weitere Untersuchung gewährt ein anschauliches Bild über den »Fahrplan der Revolution« in der russischen Hauptstadt und führten insbesondere diejenigen Maßnahmen der Regierung vor Augen, die letzten Endes den Aufständischen zum uneingeschränkten Sieg verhalfen. Ohne der Gefahr zu unterliegen, Geschichte aktualisieren zu wollen, drängt sich ein Vergleich zwischen den Ereignissen vom Februar in St. Petersburg und denen vom Oktober 1956 in Budapest auf. Hier

wie dort dasselbe Verhalten der Massen, die gleiche Stimmung des Militärs und die Unfähigkeit der Regierung, die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Als der Aufstand gesiegt und der Zar abgedankt hatte, begann das Ringen der verschiedenen Parteien um ihren Einfluß in der Armee. Der Autor untersucht die Politik der Provisorischen Regierung in bezug auf die Armee, behandelt ausführlich die Stimmung und die Stellungnahme des Offizierkorps an der Front zu den geplanten und teilweise bereits eingeführten Armee-reformen und geht auf die Auseinandersetzungen zwischen der Provisorischen Regierung und dem Exekutivkomitee, die die Armee zum Gegenstand hatten, ein.

In einem besonderen Abschnitt werden Ziele und Formen der politischen Agitationen in der Armee behandelt. »Krieg bis zum siegreichen Ende« und »Friede ohne Annexion und Kontributionen« waren die Hauptparolen, über die in den Schützengräben die heftigsten Debatten entbrannten. Insbesondere die Bolschewiken waren diejenigen, die rasch begriffen, was sie zu tun hätten, um ihre Macht innerhalb der Armee zu festigen. Günstige Umstände kamen ihnen zu Hilfe. Die verhaßten Institutionen des Zaren-Regimes, Polizei und Ochrana, wurden nach der Februar-Revolution aufgelöst. Ihre Mitglieder, die von der Provisorischen Regierung wie Aussätzige behandelt wurden, suchten und fanden Anschluß bei den Linksextremisten, die jeden aufnahmen, der sich auch gegen die Provisorische Regierung stellte (in den dreißiger Jahren nannte man dann diese Politik schlicht und einfach Volksfrontpolitik). Dazu stießen auch Frontoffiziere, die wegen ihrer illoyalen Haltung ehrengerichtlich aus der Armee ausgeschlossen worden waren. Alle diese Gruppen fanden sich nach und nach bei den Bolschewiken ein, wo sie mit offenen Armen empfangen wurden.

Neben der inneren Agitation existierte in der ersten Hälfte des Jahres 1917 an der Front auch eine äußere Propagandaagitation der Deutschen. Ihr Ziel war, die russische Armee und den Staat friedensbereit zu machen. Dazu gab es zwei Möglichkeiten: eine starke Offensive, die die geschwächte russische Front durchbrechen und die gegnerische Armee zur Übergabe zwingen würde, oder ein Propagandafeldzug mit dem Ziel, die Auflösung der Armee durch Parolen zu erwirken. Die deutsche Oberste Heeresleitung wählte die letztere der beiden Möglichkeiten. Seite für Seite schildert der Autor, wie und wo die deutsche Führung ihre Agitation an der Ostfront intensivierte, beziehungsweise welche Erfolge sie dabei für sich zu buchen verstand. Lenin und die Strategie seines politischen Kampfes beschließt das zweite Kapitel des Buches.

Im dritten Kapitel behandelt Wettig den Fortgang der Revolution bis zu den Krisen des Frühsommers. Die Provisorische Regierung wollte — nicht zuletzt auf Drängen der Entente — unbedingt eine Offensive an der Ostfront durchführen. Sie erhoffte dadurch zweierlei Ziele zu erreichen: die Soldatenmassen und die Bevölkerung durch einen Sieg von ihren Problemen abzulenken und — was vielleicht für Kerenskij und seine Gesinnungsgenossen noch wichtiger schien — die Position der Provisorischen Regierung im Ausland zu festigen beziehungsweise aufzuwerten. Der Abschnitt Vorbereitung und Verlauf der Sommer-Offensive stellt eine gründliche Untersuchung der inneren Lage der Armee dar. Der Autor bietet eine Fülle von Einzelheiten der Stimmung, der Organisation und Vorbereitung dieser letzten Großoffensive der alten russischen Armee, die nach einigen Teilerfolgen im völligen Fiasko endete. Die Bolschewiken taten dabei alles, um die Soldaten gegen ihre Führer aufzuwiegeln. Mit ihren Friedensparolen hatten sie vielerorts Erfolg und vertieften dadurch die ohnehin krisenhafte Lage an der Front und in der Etappe.

Mit dem Zusammenbruch der Juli-Offensive wuchs die Unzufriedenheit im Lande. Die Bolschewiken erachteten die Zeit als reif, ihre Machtpläne zu verwirklichen. Dabei war das Ziel der Partei nicht die Vorbereitung eines baldigen Aufstandes, sondern die »Erziehung der Massen« zur — später benötigten — Kampfbereitschaft gegen das gemäßigte revolutionäre Regime und überhaupt gegen alle nichtbolschewistischen Gruppen. Die Juli-Unruhen in der Hauptstadt, die schließlich Kerenskij zum Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung machten, waren ein Rückfall für die Bolschewiken und eine gute Lektion, ihren nächsten Schritt mit mehr Vorsicht und besserer Organisation zu planen.

Wettigs Buch ist eine Fundgrube für jeden, der sich mit der russischen Armee des 20. Jahrhunderts auseinandersetzt. Es ist nicht nur ein sogenanntes Geschichtsbuch längst geschehener Ereignisse, sondern eine lebendige Lektüre, die man, wenn man die moderne Sowjet-Armee studieren will, heranziehen sollte. Dem Autor gebührt das Verdienst, das nicht leichte Thema in einem interessanten und lebhaften Stil verfaßt zu haben. Zum umfangreichen wissenschaftlichen Apparat des Buches hier nur zwei Ergänzungen, die bei einer Neuauflage noch zu berücksichtigen wären. Wettig nahm die Memoiren des Generals A. A. Brusilov in seiner Arbeit auf, benützte aber die Pariser Ausgabe von 1929. Es wäre vielleicht nicht uninteressant, auch die sowjetische Version der Brusilov-Memoiren anzuschauen, die 1963 in Moskau unter dem Titel »Moj vospominanija« herausgegeben wurden und in zwei Kapiteln (Pered febral'skoj revoljuciej und Posle febral'skoj revoljucii) das von Wettig untersuchte Thema berühren. Der andere Vorschlag betrifft eine Arbeit, die erst nach dem Erscheinen des Buches von Wettig veröffentlicht wurde. »Revoljucionne dviženie v russkoj armii, 27 fevralja — 24 oktjabrja 1917 goda« (Moskau 1918) bringt auf 624 Seiten eine Reihe von Dokumenten, die sich auf die revolutionäre Bewegung in der russischen Armee zwischen Februar und Oktober 1917 beziehen.

Wenn der Autor auch den zweiten Teil, der die Ereignisse von Juli bis Oktober 1917 umfaßt, vorlegt, darf er sicher sein, daß einer solchen Untersuchung sowohl unter historischem wie auch politischem Aspekt ein ähnlich großes Interesse wie der vorliegenden entgegengebracht wird.

Peter Gosztony

Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik, 19. 12. 1918—8. 4. 1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß. Bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup. E. J. Brill, Leiden 1968, LXXVII, 830 Seiten (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd 1).

Die deutsche Revolution von 1918/19 und untrennbar davon die Rätebewegung in Arbeiterschaft, Militär und Teilen der Landbevölkerung ist in jüngster Zeit durch die Beiträge vor allem jüngerer Historiker mehr und mehr in den Mittelpunkt wissenschaftlichen Interesses gerückt worden. Erstmals durch die Arbeit

von Walter Tormin¹ (1954) sind die Hauptträgerschichten des revolutionären politischen Prozesses zwischen Oktober/November 1918 und April/Mai 1919, die Arbeiter- und Soldatenräte, in ihrer Organisationsform, praktisch-politischen Wirksamkeit und politischen Zielsetzung beschrieben worden.

Tormin stellte die von der Historiographie seit 1919 vertretene These von den Räten als Elemente der Unordnung, des Terrorismus und des Bolschewismus in Frage und charakterisierte sie als Elemente der Ordnung und der inneren politischen Stabilität; nach seiner Meinung waren die Räte oft »die einzige Instanz, die einige Autorität besaß, einen Sicherheitsdienst organisieren, die Lebensmittelverteilung überwachen und die Entlassung der politischen Gefangenen regeln konnte« (S. 89).

Es sollte jedoch einige Jahre dauern, bis diese provozierenden Thesen in die wissenschaftliche Diskussion Eingang fanden. Erst mit der ausführlichen, quellen-gesättigten Arbeit von Eberhard Kolb² zeichnete sich eine neue Wende in der zeitgenössischen Revolutionsforschung ab, als er die Arbeiterräte in den Mittelpunkt seiner tiefgründigen Studie über den Beginn des republikanischen Zeitalters in Deutschland stellte. Besonders prägnant sind seine zusammenfassenden Thesen, so wie diese: »1918/19 waren die Arbeiterräte für die im November zur politischen »Mündigkeit« gelangten Schichten nicht nur die einzig zur Verfügung stehenden, sondern auch die geeigneten Instrumente zur Erringung und zum Ausbau von Machtpositionen in der Verwaltung und damit zur Sicherung eines demokratischen Charakters der jungen Republik« (S. 405). Die kurz darauf veröffentlichte Arbeit über die Betriebsrätebewegung von Peter v. Oertzen³ bestätigte Kolbs Thesen insofern, als v. Oertzen darauf hinwies, daß die Gefahr des »Bolschewismus« in der »Novemberrevolution« objektiv nie bestanden habe und daß eine durchgreifende Demokratisierung des Staatsapparates unter dem Druck der Rätebewegung möglich gewesen wäre. Reinhard Rürup⁴ griff einige Zeit später noch einmal die Ergebnisse der neuesten Revolutions- und Räteforschung auf und faßte sie folgendermaßen zusammen: die Räte sind spontan entstanden, als »provisorische Kampf- und Herrschaftsinstrumente«, sie sind keine »Bolschewistenhorden« gewesen, »sie waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht einmal linksradikal«, obschon zunächst im unangefochtenen Besitz der Macht, machten sie von dieser »nur zögernd und aufs ganze gesehen keineswegs exzessiven Gebrauch«. Darüber hinaus begannen sie nach dem Zusammenbruch der alten Kräfte damit, in den Gemeinden, Provinzen und Freistaaten »für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die Sicherung der Ernährung und die Durchführung der Demobilisierung zu sorgen«. Die Räte richteten im zivilen Sektor ein politisches Kontrollsystem auf, im militärischen begnügten sie sich in der Regel mit ausgedehnten Kontrollrechten, »ohne förmliche Absetzung der

¹ W. Tormin: Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/1919, Düsseldorf 1954 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd 4).

² E. Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd 23).

³ P. v. Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Ein politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution, Düsseldorf 1963 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd 25).

⁴ R. Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968 (= Institut für Europäische Geschichte, Mainz, Vorträge Nr. 50). S. auch die ausführliche Rezension des Buches von Oertzen, die Rürup unter dem Titel »Rätebewegung und Revolution in Deutschland 1918/19« veröffentlicht hat, in: Neue politische Literatur, 3 (1967), S. 303 ff.

Offiziere«. Im Vordergrund stand die Forderung nach Beendigung des Krieges und die Auflehnung gegen den »Militarismus«, und bis in den Januar hinein sind die Arbeiter- und Soldatenräte in der Mehrzahl »nicht eigentlich sozialistisch, sondern einfach entschieden demokratisch« eingestellt gewesen. Nicht die klassenlose Gesellschaft war ihr Ziel, »sondern eine parlamentarische Demokratie, die frei sein sollte von allen Elementen des Obrkeitsstaates« (S. 20 ff.). Bis auf den heutigen Tag sind eine Reihe weiterer Arbeiten (Staatsexamens-, Magisterarbeiten und Dissertationen) zur Geschichte der Rätebewegung erschienen, von denen die meisten sich der zivilen und militärischen Rätebewegung auf örtlicher Ebene widmen (zum Beispiel Neumünster, Bremen, Frankfurt/M., Mülheim/Ruhr, Dortmund), eine Regionalstudie über die Rätebewegung im Regierungsbezirk Schwaben liegt vor, eine Dissertation über die militärische Rätebewegung ist abgeschlossen⁵. Es bleibt abzuwarten, ob die Thesen der jüngsten Revolutions- und Räteforschung durch diese Beiträge bestätigt werden oder nicht. Eines steht fest, alle künftigen Arbeiten sind abhängig von zwei Quelleneditionen: von den Kabinettsprotokollen des *Rats der Volksbeauftragten*⁶ und von den Protokollen der Sitzungen des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, die beide seit einigen Monaten vorliegen. Die Entwicklung der Rätebewegung im zivilen wie im militärischen Bereich, der Wandel ihrer organisatorischen Ausprägung und der Wandel ihrer politischen Zielsetzung kann nur begriffen werden in einem engen Zusammenhang mit den von Berlin ausgehenden Initiativen. Die in der Hauptstadt getroffenen Entscheidungen wirkten sich — wie zahlreiche schriftlich fixierte Vorgänge immer wieder beweisen — bis in die Räteorganisationen der außerpreußischen Reichsteile aus, ebenso die militärpolitischen Entscheidungen des Preußischen Kriegsministeriums, die ihre Ausstrahlungskraft auf jeden einzelnen preußischen Armeekorps-Bereich und — wenn auch in abgeschwächter Form — auf die außerpreußischen Militärbezirke besaßen.

Der Zentralrat entstand während der Phase der organisatorischen Konsolidierung der militärischen und der zivilen Rätebewegung in der zweiten Dezemberhälfte 1918. Initiativen, ein repräsentatives Organ der Arbeiter- und Soldatenräte zu schaffen, hatten sich bereits wenige Tage nach dem 9. November gezeigt, vor allem in Berlin (S. XXVI). Die Gründung wurde auf dem »Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte« (16.—21. Dezember 1918) in Berlin vollzogen. Unter den 489 stimmberechtigten Delegierten des I. Rätekongresses besaßen die Mehrheitssozialdemokraten die absolute Mehrheit: 292 Mitglieder, darunter zahlreiche Soldatenvertreter. Sie vermochten daher dem Kongreßverlauf und seinen Ergebnissen das Gepräge zu geben (S. XXVII). Die Einsetzung eines Zentralrats basierte auf Vorschlägen der SPD-Fraktion, die dem Plenum am 18. Dezember überwiesen wurden (S. XXIX). Als die Fraktion der Unabhängigen beschloß, sich an der Wahl nicht zu beteiligen, konstituierte sich der Zentralrat allein aus Mitgliedern der SPD. »Die Entscheidung der USP-Kongreßfraktion wurde der erste Schritt auf dem Wege zu einer nicht nur für die USP

⁵ Einen laufenden informativen Überblick über bereits abgeschlossene bzw. im Entstehen begriffene Arbeiten vermittelt die »Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, hrsg. von H. Skrzypczak im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin.

⁶ Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd 6/1 u. II, Düsseldorf 1969.

verhängnisvollen Selbstisolierung dieser Partei: für Stellung und Politik des Zentralrats war sie von kaum zu überschätzender Bedeutung« (S. XXXIII).

Nur wenige der Zentralratsmitglieder hatten vor Beginn des Umsturzes vom November 1918 über die Lokalpolitik hinausgehende politische Bedeutung erlangt: die Reichstagsabgeordneten Max Cohen, Hermann Müller (Mitglied des Parteivorstandes der SPD seit 1906), Max König, Fritz Herbert sowie das Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses Robert Leinert. Die meisten Mitglieder kamen aus den Reihen der mittleren Parteifunktionäre; von den Soldatenvertretern war keiner bis zum Revolutionsausbruch politisch hervorgetreten, doch standen sie fast alle in aktiver Parteitätigkeit und bekleideten zum Teil Funktionärsposten (S. XXXV). Zu denjenigen, denen nach Beendigung ihrer Tätigkeit im Zentralrat der Sprung in bedeutende Funktionen in Partei und Staatsapparat gelang, gehörten Albert Grzesinski (Preußischer Innenminister 1926 bis 1930), Heinrich Kürbis (Oberpräsident von Schleswig-Holstein bis 1932), Friedrich Voigt (unter anderem Mitglied des Reichseisenbahnrates), Karl Zörgiebel (1922 bis 1933 nacheinander Polizeipräsident in Köln, Berlin und Dortmund), Walter Lamp'1 (Senator in Altona, Chef der Polizei und Hafenverwaltung) (S. XXXV ff.).

Der Zentralrat galt nach dem Willen seiner Initiatoren als Kontrollinstanz des Rats der Volksbeauftragten und der Preußischen Regierung. Er besaß das »Recht der Berufung und Abberufung« dieser Gremien. Weitere Kompetenzen sind nicht definiert worden. Es lag weitgehend in der Hand des Zentralrats, in welcher Weise er seine Position gegenüber den Regierungen auf Reichs- und preußischer Landesebene und sein Verhältnis zu den Räten im gesamten Reichsgebiet gestalten würde. Es gab keinen Zweifel daran, daß sich der Zentralrat in seiner homogenen parteipolitischen Zusammensetzung zur Nationalversammlung bekennen würde. Das bedeutete aber, daß die Mitglieder des Gremiums bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit nur mit einer Funktionsdauer von wenigen Wochen rechneten und daher verzichteten, in der verfassungspolitischen Übergangszeit einen ausgedehnten bürokratischen Apparat zu installieren, ihm ein »klares politisches Profil sowie eine feste institutionelle Verankerung« zu geben. Im Verhältnis zur Reichsregierung besaß der Gedanke zur Zusammenarbeit, um die politischen Probleme der Übergangsperiode zu bewältigen, die Priorität. Der eigentliche Kontrollauftrag rangierte an zweiter Stelle. Die Zentralratsmitglieder betrachteten sich als »politische Gehilfen der Volksbeauftragten«, deren Führungsanspruch nicht in Frage gestellt wurde (S. L ff.). Gegenüber der preußischen Landesregierung jedoch wurden die Kontrollfunktionen bis in den März 1919 hinein mit Nachdruck wahrgenommen (S. LIII). Eine Vereinheitlichung, organisatorische Konsolidierung und Koordinierung politischer Tätigkeit der regionalen und überegionalen Räteorganisationen der Soldaten und Arbeiter unterblieb, da der Zentralrat sich an der von den Volksbeauftragten verfolgten Politik des allmählichen Abbaus der Rätebewegung in der vorherrschenden Struktur und Funktion fest orientierte (S. LIII ff.).

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert lediglich die Haltung des Zentralrats in *militärpolitischen* und *-organisatorischen Fragen* der revolutionären Übergangszeit, obwohl das Spektrum seiner Tätigkeit auch wirtschafts-, sozial- und verfassungspolitisches Gebiet umfaßte.

Die praktisch-politische Arbeit des Zentralrats fiel in die Zeit des militärorganisatorischen Übergangs vom Kaiserreich zur Republik und war gekennzeichnet von den Aktionen widerstreitender Interessengruppen. Sie fiel überdies in eine

Zeit des starken Wandels der Rätebewegung, deren erste Phase ihren Abschluß mit der Niederschlagung des Januaraufstandes 1919 in Berlin und den Wahlen zur Nationalversammlung fand, deren zweite Phase sich im Frühjahr 1919 entfaltete. Doch nun mit radikalem Akzent aus Enttäuschung über die allenthalben einsetzende Restauration obrigkeitsstaatlicher Elemente in Regierung, Verwaltung und Militär. Der Inhalt dieser beiden Phasen wurde von den politischen Intentionen der Arbeiter- und Soldatenräte weitgehend geprägt: In der ersten Phase betrachteten sich die Räte als *temporäres Phänomen* bis zur Etablierung einer neuen politischen Ordnung in Deutschland durch demokratische Wahlen. An diese neue Ordnung knüpften sie ganz bestimmte Erwartungen. Ihr oberstes Ziel war also nicht die Errichtung eines Räteystems, sondern eine weitgehende Demokratisierung des Staatsapparates von der Spitze bis hin in den lokalen Bereich auf militärischem wie auf zivilem Sektor. Die völlige Umgestaltung der Klassengesellschaft in eine klassenlose Gesellschaft stand ebenso außerhalb des Programms der Rätebewegung wie der Sozialismus. In der zweiten Phase ihrer Entwicklung erschien die Rätebewegung als eine von Teilen des Proletariats getragene und von proletarischen bewaffneten Gruppen tatkräftig unterstützte *Klassenbewegung* mit deutlich antiparlamentarischer Frontstellung. In dieser Phase forderten die Soldatenräte nicht mehr die Demokratisierung des überkommenen und von ihnen in seiner personellen und organisatorischen Struktur bewahrten militärischen Herrschaftsapparates, vielmehr drangen sie jetzt auf seine Zerschlagung und auf die Ausschaltung des vom Preußischen Kriegsministerium, der SPD-Regierung und der Obersten Heeresleitung protegierten Systems der Freiwilligentruppen. Aus den auf örtlicher Ebene unter dem Einfluß der Soldatenräte existierenden Formationen des Friedensheeres wurden aus Empörung über die Militärpolitik der überkommenen militärischen Behörden und der Regierung in Berlin Zellen des bewaffneten Widerstandes gegen die Mehrheitssozialdemokraten und gegen die konservativen Gruppen des Bürgertums. Vor allem im preußischen Militärbezirk fielen zahlreiche Organisationen der Soldatenräte und der Arbeiterräte aus Protest gegen die Existenz eines nahezu unkontrollierten und offensichtlich die Restauration alter Machtpositionen intendierenden Militärapparates in eine krasse antimilitärische Stimmung und setzten jedem Aufruf der Regierung zum Schutze der Reichsgrenzen und der bestehenden innenpolitischen Ordnung passiven Widerstand entgegen. Was vielfach mit einer der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft immanenten Wehrfeindlichkeit verwechselt wird, waren zumindest 1919 Protest und schließlich Resignation aus aktuellem politischen Anlaß.

Innerhalb der beiden Phasen des Revolutionsprozesses besaß die militärische Rätebewegung nur in der ersten Phase bedeutenden politischen Einfluß, der imstande gewesen wäre, die innenpolitischen Verhältnisse entscheidend zu verändern. Mit der administrativen Auflösung des alten Heeres und der schrittweisen Reduzierung des Personalbestandes, mit der allmählichen Neutralisierung des politischen Impetus der Rätebewegung, wurden die Soldatenräte sehr schnell zu einem Faktor minderen Ranges, mit dem weder die Regierung noch die Heeresleistung beziehungsweise das Kriegsministerium in Berlin zu rechnen hatte. Im Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzungen in den ersten Wochen der Republik stand neben der Frage nach der zukünftigen staatlichen Ordnung (die sehr schnell unter starker Beteiligung der Soldatenräte zugunsten der Etablierung eines parlamentarisch-demokratischen Systems entschieden wurde) auch die Frage nach der *zukünftigen militärischen Ordnung* in Deutschland. Zunächst galten die Bemühungen der Soldatenräte der geordneten Rück-

führung der Frontformationen, der sofortigen organisatorischen Bewältigung des Krieges mittels einer umfassenden Demobilisierungsaktion und der durchgreifenden Demokratisierung der inneren Führung auf Formationsebene. Darüber hinaus betrieben sie die Konsolidierung und die Bewahrung der Machtverhältnisse auf lokaler Ebene auf der Grundlage örtlicher Sicherheitsorgane. Sie unterstützten ferner den Aufbau eines *Grenzschutzes* an der Ost- und an der Westgrenze des Reiches und sie bekämpften schließlich jeden Versuch radikalsozialistischer Gruppen, im Reich eine proletarische Klassenarmee zu etablieren. Bis zum I. Rätekongreß galt das Hauptaugenmerk der revolutionär-demokratischen Kräfte im Militär der organisatorischen Reduzierung des überkommenen Wehrsystems, das in seiner Organisationsstruktur als Grundlage für ein zukünftiges deutsches Wehrsystem fast allgemein akzeptiert wurde. Seine endgültige Gestaltung jedoch sollte dem Parlament überlassen bleiben. Durch das massive Vorgehen der Militärbehörden, besonders der Obersten Heeresleitung, in den westlichen Teilen des Reiches, durch die zahllosen Übergriffe der unter dem uneingeschränkten Kommando republikfeindlicher Führer stehenden Frontformationen des Westheeres und durch bürgerlich-militärische Putschversuche von konservativer Seite in einigen Zentren des Reiches (zum Beispiel Hamburg, Berlin und München) kamen innerhalb der Rätebewegung beträchtliche Zweifel auf an der Loyalität der militärischen Führungskräfte und an Stärke und Willen der provisorischen Reichsregierung, ihre politische Führungsrolle vor allem gegenüber der Obersten Heeresleitung zu behaupten.

Der I. Rätekongreß trat in einer sehr spannungsgeladenen Situation zusammen, die nicht etwa von Unruhen durch linkssozialistische Gruppen gekennzeichnet war, sondern durch den unmißverständlichen Versuch weiter Teile des konservativen Offizierkorps in den Spitzenpositionen der alten Armee, mit Hilfe bewaffneter Heeresteile die im November 1918 entstandene Machtkonstellation zu verändern. Hier auf dem Kongreß wurden die Weichen gestellt für die zweite Phase der militärisch-politischen Entwicklung; die Volksbeauftragten wurden auf die Erfüllung drei wesentlicher Aufgaben verpflichtet: 1. die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine unter der Kontrolle des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik auszuüben, 2. das bestehende Wehrsystem innerlich neu zu ordnen im Sinne einer Demokratisierung und es anzugleichen an die bestehenden revolutionär-demokratischen Verhältnisse bis zu seiner endgültigen Auflösung, 3. eine Volkswehr an die Stelle des stehenden Heeres (nach der Konzeption der sechs Volksbeauftragten vom 12. Dezember 1918) zu setzen. Das Ringen um die Realisierung der Kongreßbeschlüsse, zusammengefaßt in den einstimmig angenommenen »Hamburger Punkten«, erreichte sehr bald, schon im Januar 1919, einen ersten Höhepunkt und dauerte schließlich über die Verkündung des »Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr« vom 6. März 1919 bis zur völligen Auflösung des Friedensheeres und seiner Räteorganisationen.

Schritt für Schritt hatte inzwischen die Oberste Heeresleitung auf der Basis des Vertrauens und der politischen Kooperation, die zwischen dem Generalstab und den mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten bestand, seit Januar 1919 unkontrollierte und unkontrollierbare Herrschaftsräume zu schaffen verstanden. Die Heeresleitung verfügte bereits im Dezember 1918, in verstärktem Maße nach dem 7. Januar 1919, über eine Truppenmacht, die größtenteils dem Einfluß der Räteorganisationen entzogen wurde und die bereit war, nur den Befehlen des Generalstabs zu folgen. Die rasche Konsolidierung dieser Machtposition war nach der totalen Machtentblößung, die die Heeresleitung durch den Auf-

stand des Heeres erfahren hatte, im Hinblick auf die bestehende revolutionäre Kräftekonstellation in Deutschland ein ebenso erstaunlicher wie für die militärpolitische Entwicklung Preußens, später auch der außerpreussischen Militärbezirke, folgenreicher Vorgang.

Am 9. November 1918 hatten hinter der Heeresleitung nicht mehr genügend bewaffnete Kräfte gestanden, mit deren Hilfe sie in der Lage gewesen wäre, die revolutionäre innenpolitische Konstellation in irgendeiner Weise entscheidend zu beeinflussen, sei es in Richtung auf die Monarchie, sei es in Richtung auf eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie, sei es in Richtung auf eine Militärdiktatur. An jenem Tage gab es für sie nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten der Entscheidung: entweder der Republik den Dienst zu versagen und die weitere militärpolitische Entwicklung in Deutschland der Revolution zu überlassen oder zu versuchen, aus der sie beherrschenden Zwangslage wieder herauszukommen und die alte Machtfülle in militärischer wie in politischer Hinsicht erneut auf sich zu vereinigen. Hindenburg und Groener entschieden sich für den Dienst unter republikanischer Herrschaft, um den Bruch mit der militärischen Tradition in organisatorischer und personeller Hinsicht zu verhindern. Ihre Bereitschaft, unter grundsätzlich anderen politischen Bedingungen weiterhin in ihren bisherigen Funktionen zu bleiben, diente in erster Linie dem konkreten Ziel, die militärischen Institutionen und das Führungskorps auf allen Ebenen der Hierarchie vor der als möglich erscheinenden Ablösung und totalen Entmachtung durch die revolutionären Kräfte zu bewahren. Was Groener am 10. November 1918 gegenüber der von Ebert repräsentierten übermächtigen innenpolitischen Kräftekonstellation bekundete, war Opportunismus, nicht Loyalität gegenüber der sozialistisch akzentuierten Volksbewegung, von der er befürchtete, sie würde Deutschland in eine »bolschewistische Rätediktatur« steuern. Der Vorsatz der Loyalität galt bei Groener allenfalls der proklamierten republikanischen Staatsform, nicht aber den sich zu dieser Staatsform bekennenden revolutionär-demokratischen Kräften. Es muß — um Ausgangspositionen und Kräfteverhältnisse am 9./10. November 1918 eindeutig abzustecken — mit Nachdruck darauf verwiesen werden, daß die Heeresleitung *nicht aus eigener Machtvollkommenheit* den Übertritt in die Republik vollziehen konnte und daß dieser Übertritt nicht durch eine mündliche Vereinbarung zwischen Ebert und Groener, durch ein wie immer auch konzipiertes »Bündnis« zwischen beiden Männern, zu sanktionieren war. Von der Haltung der meuternden Soldaten allein, von ihren Absichten hing die Zukunft der Heeresleitung wie überhaupt aller militärischen Kommandobehörden und ihrer Repräsentanten ab.

Wesentlicher Bestandteil des Programms der militärischen Rätebewegung, sofern man überhaupt von einem »Programm« in der eigentlichen Wortbedeutung reden kann, war die totale Ausschaltung des überkommenen Militärapparates als *politischer Faktor*, gleichzeitig aber die Bewahrung seiner Repräsentanten als militärtechnische Führungselite für die Dauer der Demobilisierung. Die durch den Waffenstillstand entstandene Lage für das Reich und die Armee bot sich als solide Basis für den Beginn einer Kooperation zwischen Heeresleitung und dem revolutionären Regime in Berlin an, denn hier stand man infolge der von den Siegermächten äußerst knapp bemessenen Räumungsfristen vor militärtechnischen Aufgaben, zu deren Bewältigung ein eingespielter Organisationsapparat notwendig war. Dieser Apparat, den man allein in der Heeresleitung zu besitzen glaubte, mußte, wenn er reibungslos funktionieren sollte, wieder mit einem hohen Maß an Autorität ausgestattet werden, und am 10. November bedeutete das: die Heeresleitung durfte weder von den Auswirkungen der

Militärrevolte angetastet noch durfte sie durch die Aufständischen in ihrer Existenz in Frage gestellt werden; sie und alle für den Demobilisierungsprozeß notwendigen Behörden mußten in ihren Funktionen bestätigt, alle Angriffe auf sie abgewiesen werden. Aus dem infolge der Waffenstillstandsbestimmungen entstandenen Sachzwang ergab sich zunächst *allein ein militärtechnischer Auftrag der Volksbeauftragten an die Heeresleitung*, die in Funktionen einer *übergeordneten Liquidationsinstitution* eingesetzt wurde. Diese Einsetzung zog aber nicht notwendigerweise die Revidierung der revolutionären Machtpositionen der Sozialdemokraten nach sich, wie sie von Hindenburg und Groener in immer stärkerem Maße seitdem verfolgt worden ist, sondern allein die unkontrollierte Ausübung dieser Funktionen; der Glaube des revolutionären Regimes an das durch nichts garantierte Loyalitätsversprechen der militärischen Führungselite bot der Heeresleitung die Basis, von der aus sie ungehindert ihr politisches, antidemokratisches und antirevolutionäres Programm zu verwirklichen imstande war.

Während die Kraft der revolutionären Volksbewegung bereits im Januar 1919 im Schwinden begriffen war, hatte sich die politische Wirklichkeit eindeutig zugunsten der überkommenen militärischen Kräftegruppen entwickelt. Das Trauma des 9. November 1918 war damit vollständig überwunden worden. In der so beschaffenen Kräftekonstellation stand der Zentralrat vor einer Reihe wichtiger militärpolitischer und -organisatorischer Entscheidungen. Den Hauptanteil an den Debatten in diesem Gremium besaßen die Kongreßbeschlüsse vom Dezember 1918 (Nr. 4, 8, 17, 43, 46, 48, 50, 54, 56, 78), dann folgen: die Ernennung Reinhardts zum Preußischen Kriegsminister (Nr. 8, 19, 25), Demobilmachung (Nr. 11, 25, 36), Freiwilligentruppen (Nr. 28, 36, 41), in einer Vielzahl von Sitzungen das Problem der »Volkswehr«, ferner am Rande die Vorgänge in Posen, in der Ukraine, im Baltikum, die Kontrolle des Kriegsministeriums durch Räte, die Militär-Strafgerichtsordnung, die Haltung Beselers in Warschau und der II. Rätekongreß. Damit endet die Reihe der hier relevanten Themen.

Von besonderer Bedeutung sind die Debatten und die Entscheidungen in der Frage der *Kongreßbeschlüsse* und in der Frage eines *zukünftigen deutschen Wehrsystems*. Ihnen beiden allein soll im folgenden die Aufmerksamkeit gelten.

Mit deutlichem Affront gegen die Rätebewegung desavouierte der Zentralrat die Kongreßbeschlüsse und ging dabei das Risiko eines reichsweiten Radikalisierungsprozesses beziehungsweise einer massiven Protestbewegung unter den Soldatenräten ein, die notwendigerweise seine eigene Position in der Gesamträtebewegung schwächen mußte. Im Laufe der Wochen nach dem Rätekongreß wurde deutlich, daß der Zentralrat niemals den Versuch unternahm, den Machtanspruch der Heeresleitung einzudämmen, daß er aber stets bereit war, Regierung und Militärbehörden in Schutz zu nehmen vor den Angriffen der örtlichen Räteorganisationen. Auf keinem anderen Gebiet zeigte sich die unbedingte Bereitschaft des Zentralrats, die Regierungspolitik zu stützen, so eindeutig wie auf militärpolitischem Gebiet. Es war keineswegs verwunderlich, wenn der Zentralrat die militärischen Neuordnungspläne Reinhardts für das Friedensheer (die »Vorläufige Regelung« der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte, der Bekleidung und des militärischen Grußes vom 19. Januar 1919) stützte, obwohl sie keineswegs der allgemein geforderten und notwendig erscheinenden inneren Demokratisierung dienten und mit den Kongreßbeschlüssen kaum noch etwas gemein

hatten. Indem der Zentralrat der Politik Reinhardts zu folgen bereit war, die weder im Gegensatz zu den Absichten der Volksbeauftragten noch zu denen der Heeresleitung standen, sanktionierte er die allmähliche Neutralisierung des demokratischen Impetus der Rätebewegung, die in ihrer Mehrheit von politisch gemäßigten Kräften getragen wurde. Darüber hinaus ließ er zu, daß die Oberste Heeresleitung und die ihr unterstellten Verbände (zum Beispiel die des Generalkommandos Lüttwitz) sich mehr und mehr zu einer zweiten Kraft neben der Regierung entwickelten. Wenn Cohen als einer der Zentralratsmitglieder mit deutlichstem politischen Profil in den abschließenden Beratungen über die kriegsministeriellen Verordnungen betonte, man habe die Wünsche (!) des Rätekongresses wohl »im Großen und Ganzen erfüllt« (S. 438), so drückte er gewiß die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Zentralratsmitglieder aus, doch legte er damit gleichzeitig die Ignoranz des Gremiums gegenüber den militärpolitischen Erfordernissen des republikanischen Staates bloß.

Mit Hilfe des Zentralrats waren Regierung, Kriegsministerium und Heeresleitung in der Lage, die Initiativen zur Gründung einer *Volkswehr*, die sich seit Mitte Dezember 1918 besonders stark zeigten, zu bremsen. Die Etablierung einer Volkswehr hätte zweifellos eine Reihe fundamentaler Änderungen in der Ende 1918 existierenden Kräftekonstellation bedeutet: durch sie wäre zunächst die Truppenbasis der Heeresleitung im hauptstädtischen Raum in Frage gestellt worden und hätte die Auflösung, bestenfalls die organisatorische Umwandlung der Formationen, zum Beispiel des Generalkommandos Lüttwitz, bedingt. Überdies hätte sie die Revolutionierung des preußischen Heeres auf administrativem Wege bedeutet, *bevor* die Nationalversammlung Entscheidungen hierüber zu fällen imstande gewesen wäre. Schließlich wäre in einer auf diesem Wege organisierten Volkswehr das militärische Räte-system mit seinen politischen Funktionen unverrückbar verankert worden. Der Zentralrat unterstützte stattdessen ganz im Sinne der Regierung den von der Heeresleitung konzipierten Plan einer »Exekutivtruppe«, der allein aus dem Machtstreben des Generalstabs, nicht aus Sorge um das Schutzbedürfnis der Republik (vor allem gegenüber dem polnischen Nachbarstaat) geboren worden war. Ungehindert konnte die Reichsregierung am 7. beziehungsweise 9. Januar 1919 (nur mit den Unterschriften ihrer Mitglieder) den Aufruf »Freiwillige vor!« und die Ausführungsbestimmungen erlassen, die vieles vom Gesetz über die Errichtung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 vorwegnahmen. Die Volksbeauftragten bemühten sich hierin, den Eindruck zu erwecken, es handle sich bei den Freiwilligentruppen um eine »Revolutionsarmee«, doch schon wenig später erfüllten sich die sowohl von sozialistischer wie von linksbürgerlicher Seite erhobenen Warnungen vor dem wiedererwachten »Militarismus«: Deutschland besaß wieder unter der starken Vorherrschaft Preußens eine einsatzfähige Truppe gegen jeden Feind, vor allem gegen die Trägergruppen der revolutionär-demokratischen Bewegung vom November 1918. Wo diese Truppe auftrat, kämpfte sie zwar im Namen der Republik, nicht aber für die Demokratie.

Der Zentralrat bot institutionell, organisatorisch und personell alle Voraussetzungen, den wehrpolitischen und -organisatorischen Ansatz auf der Basis der Kongreßbeschlüsse sinnvoll zu entwickeln. Doch die selbstgewählte Unterordnung unter die Regierung und die Militärbehörden, häufig auch eine emotionell orientierte Aversion gegen die linkssozialistische Opposition in Parteien und Räteorganisationen, dazu die sture Ausrichtung auf einen überholten Ordnungsbegriff, der naive Glaube an die demokratisierende Kraft des künftigen Parlaments und schließlich die Scheu vor der eigenen Verantwortung trugen viel

dazu bei, daß der Zentralrat sehr schnell nach seiner Konstituierung zum Statuten auf politischer Bühne wurde, nicht mehr als ein institutionelles Zugeständnis an die revolutionär-demokratischen Kräfte.

Die Edition der Zentralratsprotokolle lag in den Händen von Kolb und Rürup, die sich in den letzten Jahren intensiv der Revolutions- und Räteforschung widmeten. Der ausführliche Anmerkungsapparat ist deutlich geprägt von ihrer umfassenden Detailkenntnis der in manchen Teilen überaus komplizierten Materie. Wer sich einmal der Mühe unterzogen hat, einige Protokolle genau zu studieren, der wird beeindruckt sein von dem hohen Maß an Präzision, das den Anmerkungsteil auszeichnet. Die oft zeitraubenden und mühevollen Vorarbeiten für eine Anmerkung kann nur der richtig ermessen, der die schmale Informationsbasis kennt, die dem Revolutionsforscher oftmals zur Verfügung steht. Von einem kürzlich bemängelten »Überangebot an Informationen und Interpretationen« (U. Ratz) kann keine Rede sein, das mag nur dem auffallen, der sich nicht tief genug in die zahlreichen Probleme eingearbeitet hat. Der Protokolltext wird erst plastisch im Zusammenhang mit dem Anmerkungsapparat; Protokolltext und Editionstext stehen in einem genau ausgewogenen Verhältnis. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß Kolbs und Rürups Bemühungen um die wissenschaftliche Erschließung der Zentralratsdebatten einen großen Gewinn für alle künftigen Revolutionsforschungen bedeuten und für künftige Quelleneditionen dieser Art schlechthin normsetzend sind.

Ulrich Kluge

Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 2 Bände, 1969, 465 u. 427 Seiten.

Das hier vorliegende Werk Webers über die Stalinisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in den Jahren 1924 bis 1929 ist das sorgfältigste und tiefgründigste Forschungsergebnis, das bis heute zum Thema des deutschen Kommunismus veröffentlicht worden ist. Damit sollen weder die immer noch grundlegende und bahnbrechende Gesamtdarstellung Flechtheims, noch die verschiedenen Teiluntersuchungen über Anfangs- und Endperiode der Parteigeschichte herabgewürdigt werden¹. Aber mit dem Erscheinen dieser zwei Bände, die sich mit der bisher noch nicht speziell untersuchten Mittelphase der KPD befassen, schließt der Verfasser nicht nur eine Lücke in der Zeitgeschichte, sondern setzt auch einen neuen, sehr hohen Maßstab für jeden Historiker, der sich künftig mit dieser Materie beschäftigen sollte.

¹ O. K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948 (Neuaufll., Frankfurt/M. 1969). Literaturangaben über Spezialuntersuchungen der KPD sind im 1. Bd des hier rezensierten Werks, S. 8–10, Anm. 1–9 u. i. Quellen- u. Literaturverzeichnis, II, S. 385–394, angeführt.

Die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus begann 1924, fünf Jahre nach der Parteigründung. In diesen Jahren, deren Verlauf der Verfasser einführend schildert, wuchs die KPD zur Massenpartei an, versuchte mehrmals und immer erfolglos die deutsche Arbeiterschaft mittels bewaffneter Aufstände zur Eroberung der Staatsgewalt mitzureißen, und verlor im Laufe dieses Zeitraums ihre bedeutendsten Führer. Damals bestand jedoch innerhalb der Partei noch weitgehend Meinungsfreiheit, und auch Moskaus Einfluß hielt sich noch in Grenzen, obgleich die KPD seit 1919 offiziell keine »unabhängige« Partei mehr, sondern eine Sektion der im selben Jahre gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) war. Mit der sogenannten Oktoberniederlage von 1923, als ein gemeinsam mit der bolschewistischen Führung geplanter Aufstand in Deutschland fehlschlug, wurde die »rechte« Parteileitung unter Heinrich Brandler und August Thalheimer, der die Schuld für das Fiasko beigemessen wurde, diskreditiert. Bis Anfang März 1924 blieb die KPD in Deutschland verboten, arbeitete aber unter einer behelfsweise fungierenden »Mittelgruppe« illegal weiter. Auf dem IX. Parteitag im April 1924 fiel die Führung der Partei einer »linken« Gruppe um Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Ernst Thälmann zu. Dieser Schritt wurde einige Monate später in Moskau vom V. Weltkongreß der Komintern bestätigt und der KPD neue politische Richtlinien gegeben. Danach erst setzte die Bolschewisierung der deutschen Partei ernstlich ein. Funktionäre der »Rechten« und der »Mittelgruppe« wurden durch »Linke« ersetzt. Der Parteiapparat wurde zentralisiert und die Anlehnung an die Komintern, also auch an die Sowjetunion, wurde enger. Kritiklos übernahm die Parteiführung die in Moskau ausgegebenen Parolen: Gegen den Luxemburgismus (allerdings nicht gegen Rosa Luxemburg selbst, deren Andenken man zu Propagandazwecken hochhielt), gegen den Trotzkismus, aber auch gegen die »Ultralinken« in der Partei, da diese sich gegen den anwachsenden Einfluß Moskaus wandten und deshalb die eigene Parteileitung bekämpften.

Obwohl Fischer und Maslow innerhalb eines Jahres in Ungnade fielen, nach schweren internen Kämpfen und unter dem Druck der Russen im Herbst 1925 ihrer führenden Stellen in der Partei enthoben wurden und einige Monate später aus der KPD ausscheiden mußten, wurde die Bolschewisierung unter ihrem Nachfolger und ehemaligen Verbündeten Ernst (»Teddy«) Thälmann fortgesetzt. Nur waren es jetzt ausschließlich »linke« Funktionäre — sofern sie sich nicht rechtzeitig von der Fischer-Maslow-Gruppe distanziert hatten — die nun von Thälmann mit Unterstützung einiger »Rechten« und einer »Mittelgruppe« (»Versöhnler«) abgesetzt oder aus der Partei ausgeschlossen wurden. Als die bolschewistische Führung in Moskau dann 1928 einen neuen Kurswechsel anordnete, der nun wieder eine ultralinke Linie vorsah, gingen Thälmann und sein Zentralkomitee ebenso rigoros gegen die kürzlich noch als Verbündete betrachteten »Rechten« und »Versöhnler« vor, wie vorher gegen die »Linke Opposition«. So wuchs die Zahl derer, die fortan nur noch außerhalb der Partei politisch wirken konnten. Mit dem Abschluß auch dieser Säuberung Ende 1929 war die KPD unter Führung des von Stalin geförderten Thälmann praktisch zu einer Hilfstruppe Moskaus degradiert.

Es ist das große Verdienst des Verfassers, daß er den Wandlungsprozeß der Partei, der vor der Veröffentlichung dieses Werkes nur in großen Zügen bekannt war, nunmehr mit all seinen Verflechtungen schildert und sich nicht nur auf eine die Fakten aufzählende Wiedergabe der Kämpfe innerhalb der Spitzenführung beschränkt hat. Vor allem zeigt er den immer enger werdenden Zusammenhang zwischen den Machtkämpfen in der bolschewistischen Führung Ruß-

lands um die Nachfolge Lenins und der politischen Entwicklung der KPD, wobei er hervorhebt, wie sehr die von der russischen Führung an die KPD ausgegebenen Richtlinien und Parolen auf deren (oft falschen) Einschätzung der innenpolitischen Lage der Weimarer Republik beruhten. Stalins Aufstieg zur Macht, von seinem anwachsenden Einfluß auf die Komintern, von der Zentralisierung des russischen Parteiapparats und von politischen Säuberungsaktionen begleitet, wirkte sich auf die deutsche Partei aus. So fiel Sinowjews Sturz mit der Ablösung der Fischer-Maslow-Fraktion durch Thälmann zusammen, da letzterer sich im Gegensatz zu jenen dazu bereitfand, einen von Moskau aus geforderten »rechten« Kurs zu steuern, wie es der stabilen Lage Deutschlands 1925/26 zu entsprechen schien. Damit verlor Sinowjew aber seine deutsche Anhängerenschaft. Als Stalin dann 1928 gegen seine »rechten« Rivalen Bucharin, Rykow und Tomski vorging, forderte er von der KPD ein Umschwenken auf einen neuen Linkskurs, der sich zunächst in einer Säuberung von »Rechten« und »Versöhnlern« auswirkte, nach außen hin aber bald den bis 1933 beibehaltenen Kurs auslöste, demzufolge die deutsche Sozialdemokratie — als »Sozialfaschisten« gebrandmarkt — zum »Hauptfeind« der KPD und des deutschen Proletariats erklärt wurde. Die bereits zur Massenpartei aufsteigende NSDAP wurde dabei geflissentlich ignoriert.

Die Hörigkeit der deutschen Partei den sowjetrussischen Führern, also vor allem Stalin, gegenüber beruhte auf zwei Voraussetzungen. Erstens mußten alle diejenigen deutschen Genossen, die sich nicht kompromißlos den Anweisungen Moskaus fügten, aus der Parteileitung und schließlich zumeist auch aus der Partei selbst ausgeschlossen werden. Zweitens, und eng damit verknüpft, mußte die KPD gemäß dem Stalinschen Rezept so straff und diszipliniert organisiert werden, daß eine Opposition gegen jede durch die Russen unterstützte Parteileitung zukünftig nicht mehr aufkommen konnte. Ein derartiger Bolschewisierungsprozeß erforderte Säuberungsaktionen, die bis in die untersten Parteistellen, also die Bezirke, Unterbezirke und Zellen drangen und die durch eine Besetzung des Parteiapparats mit »zuverlässigen« Funktionären, wiederum bis hinunter zu den Zellen, begleitet waren. Diese vom Verfasser gründlich dargelegten Vorgänge, brachten nach langwierigen internen Kämpfen und Manövern den von Moskau geforderten Erfolg, allerdings auf Kosten der innerparteilichen Meinungsfreiheit, der äußeren Bewegungsfreiheit und der Spontaneität. Außerdem, wie der Verfasser wiederholt hervorhebt und durch Zahlenangaben belegt, führten die Säuberungsaktionen zu einer starken und andauernden Fluktuation in der Spitzenführung, im Funktionärskorps und unter den Mitgliedern der KPD. Nur noch eine Handvoll derer, die an der Jahreswende 1918/19 der Parteigründung beigewohnt hatten, waren zu Anfang der dreißiger Jahre noch in der KPD. Diese bot seit Ende 1929 das Bild einer monolithischen, straffer Disziplin unterworfenen Partei, zumindest nach außen hin. Denn hinter den Kulissen gab es noch manche Auseinandersetzungen, aber diese drangen nun nicht mehr, wie einst, an die Öffentlichkeit. Gleich Stalin in der russischen Partei wurde Thälmann in der deutschen als »Führer« präsentiert, gelobhudelt und auf Tagungen durch »spontane« Akklamationen begrüßt. Die Wandlung des deutschen Kommunismus von einer Partei Luxemburgischer Prägung zur Stalinisierung war vollendet. Viele alterprobte Führer des Spartakusbundes waren den Säuberungen zum Opfer gefallen, mit Ausnahme derer, die sich rechtzeitig von der Mahnung ihrer toten Lehrmeisterin Rosa Luxemburg, derzufolge die KPD ihre Unabhängigkeit Moskau gegenüber behaupten müsse, losgesagt hatten. Im Zeitraum 1929 bis 1933, dem im Werk ein kurzer Ausblick gewidmet wird, wirkte sich diese Wandlung

nicht nur zuungunsten der Partei, sondern auch der Republik aus. Ihrer innerparteilichen Demokratie beraubt und von ihren letzten unabhängig denkenden Führern »gesäubert«, war die KPD nach 1929 nur noch »ein unbeweglicher Koloß auf tönernen Füßen, zur Abwehr und zur Überwindung des Faschismus ebensowenig fähig wie die übrigen deutschen Parteien« (I, S. 247).

Von den sechs Abschnitten, in die das Gesamtwerk sich gliedert, befaßt sich nur der erste mit der eigentlichen Darstellung des geschichtlichen Vorgangs. Da zu dessen Verständnis auch eine Kenntnis der Parteiorganisation, ihrer politischen Arbeitsweise, die Zusammensetzung der Spitzenführung, des Funktionärkorps und der Mitglieder gehört, untersucht der Verfasser in einem weiteren Abschnitt die Struktur der KPD. Hier werden auch die Beziehungen der Partei zu Moskau, zur Weimarer Republik und zur rivalisierenden proletarischen Schwesterpartei, der SPD, klargelegt, der dritte Abschnitt bringt statistische Angaben über Mitgliedsstärke und Wahlergebnisse im Reich und den einzelnen Bezirken, und der vierte Abschnitt Dokumente, vor allem Briefe, viele aus dem Privatarchiv von Frau Rosa Meyer-Leviné². Der dokumentarische Abschnitt vermittelt, so wie es keine gedruckte Quelle vermag, Einblick in die internen Verhältnisse der Partei und die wechselseitigen persönlichen und politischen Beziehungen des kommunistischen Führungskorps. Diesem widmet sich ausschließlich der zweite Band. Der einleitende Abschnitt (V) gibt eine sorgfältige Zusammenstellung aller Funktionäre, die zwischen 1924 und 1929 in der zentralen Parteileitung, den Bezirken, der kommunistischen Presse, dem Reichstag und so weiter führende Posten besetzten. Besonders aufschlußreich sind die Angaben über Alter, soziale Herkunft, Beruf und die durch den politischen Wandlungsprozeß verursachte Fluktuation in der Stellenbesetzung. Jedoch die wohl bewundernswerteste Leistung des Verfassers ist die Sammlung von über 500 Kurzbiographien kommunistischer Führer (Abschnitt VI), die in dem erwähnten Zeitraum an der Leitung der Partei beteiligt waren. Wieviel Geduld und zähe Arbeit der Verfasser aufgebracht haben muß, dieses Material zusammenzustellen, kann nur der wirklich ermessen, der weiß, wie schwierig es ist, Personalangaben über verstorbene, verschollene oder in Ostdeutschland lebende ehemalige Funktionäre einer oft illegal und mit Decknamen operierenden revolutionären Partei zu ermitteln. Dazu ist es dem Verfasser noch gelungen, Photographien von über 300 dieser Funktionäre zu sammeln und dem Werk in einem Anhang beizufügen. Ein Personenregister sowie ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis beschließen ein Werk, das Weber den wohlverdienten Ruf einbringen sollte, heute der unbestritten fachkundigste Historiker des deutschen Kommunismus zu sein.

Werner T. Angress

² Frau Rosa Meyer-Leviné lebt heute in England. Sie ist die Witwe sowohl Eugen Levinés, der im Juni 1919 wegen seiner führenden Rolle in der zweiten Münchener Räterepublik verurteilt und hingerichtet wurde, wie auch Ernst Meyers, 1921—1922 Parteivorsitzender der KPD und bis zu seinem Tode (1930) verschiedentlich in führenden Parteiämtern.

David Irving: Die Tragödie der Deutschen Luftwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Milch. Aus dem Englischen von Erwin Dunker. Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1970, 488 Seiten.

Unter den zwölf Generalen, die Hitler am 19. Juli 1940 zu Feldmarschällen ernannte, befanden sich auch drei Angehörige der Luftwaffe. Dabei wurde der höchste militärische Dienstgrad nach Ansicht höherer Generalstabsoffiziere des Heeres nicht nur »durch das Dutzend entwertet«, sondern auch besonders durch »die Luftwaffe . . . wenn man die Brüder wenigstens zu Luftmarschällen gemacht hätte«¹. Diese Vorbehalte galten besonders dem Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium (RLM) und Generalinspekteur der Luftwaffe, Erhard Milch, dessen Beförderung Göring aus Gründen des Luftwaffenprestiges möglicherweise erst forderte, als ihm die beabsichtigte Ernennung des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Keitel, bekannt wurde. Vermutlich wäre es dem auf seinen Stellvertreter eifersüchtigen Reichsmarschall lieber gewesen, wenn nur die Fliegergenerale Kesselring und Sperrle den Marschallstab erhalten hätten. Angeblich waren, wie Göring Milch noch wenige Stunden vor Hitlers Rede mitteilte, der Luftwaffe auch nur zwei Feldmarschälle zugestanden worden, »und das müßten natürlich die beiden Luftflottenchefs sein« (Irving, S. 155).

Der ganze Vorgang kann als typisch angesehen werden für das wenig gute Verhältnis der Luftwaffen-»Spitzen« untereinander, das sich — ständigen Schwankungen unterworfen — seit 1936 zunehmend verschlechterte. Es ist zugleich typisch für die Labilität der Beziehungen Heer-Luftwaffe und ihr unzureichendes gegenseitiges Verständnis. Ob der spätere Generalfeldmarschall v. Manstein² sich tatsächlich süffisant erkundigte, »welchen siegreichen Feldzug er [d.h. Milch] denn geführt« habe (ebd.) mag dahingestellt bleiben. Nachdem Blomberg, Göring und Raeder schon vor dem Kriege zu Feldmarschällen beziehungsweise zum Großadmiral ernannt worden waren, gebührte dieser Rang von den Angehörigen der Luftwaffe ohne jeden Zweifel als erstem Milch, weil er, wie Irving zu Recht hervorhebt (S.74), »in der Praxis . . . der Luftfahrtminister war«.

Der Name Milchs ist mit der Entwicklung der zivilen Luftfahrt in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg ebenso untrennbar verbunden wie mit dem Aufbau der Luftwaffe nach 1933, ihren feldzugsentscheidenden Erfolgen in den Jahren 1939/40 und ihrem mit der Luftschlacht über England beginnenden Niedergang und schließlichen Zusammenbruch. Irvings Versuch, die »Tragödie der deutschen Luftwaffe« aus der Sicht Milchs zu schreiben, ist auch deshalb verdienstvoll, weil damit zugleich sichergestellt ist, daß die in der deutschen Militär- und Kriegsgeschichtsschreibung traditionell vernachlässigten Bereiche der Rüstung einschließlich der Finanzwirtschaft, der technischen Forschung und in-

¹ E. Röhricht: Pflicht und Gewissen. Erinnerungen eines deutschen Generals 1932—1944, Stuttgart 1965, S. 166.

² Manstein hatte neben Wever und einem dritten Heeresoffizier als künftiger Chef des Luftwaffengeneralstabes zur Diskussion gestanden. Die Vorschläge hatte Jeschonnek gemacht, damals Generalstabsoffz. bei Milch (mdl. Mitteilung des Feldmarschalls an den Rezensenten). Milch entschied sich, wie Irving mitteilt (S. 70), für Wever, nachdem ihm Blomberg vertraulich mitgeteilt hatte, daß Manstein »allem technischen Fortschritt abgeneigt und alles andere als ein Bewunderer der Fliegerei« sei. In späteren Jahren gewann Milch ein positiveres Urteil über M. und schlug Hitler am 5. 3. 1943 u. a. vor, im Zuge einer grundlegenden Neuordnung der militärischen Spitzengliederung M. zum Chef des Generalstabes des Heeres zu ernennen.

dustriellen Fertigung, der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft mit den militärischen Stellen, schließlich des Nachschubs und der Versorgung, des Transports und Verkehrs zwangsläufig eine breite Berücksichtigung finden müssen. Milchs souveräne Beherrschung dieser Sektoren hat ihn, so erstaunlich das heute klingen mag, den »Nur-Militärs«, auch innerhalb der Luftwaffe, sehr bald entfremdet, ja suspekt gemacht. Der »siebenjährige Krieg« zwischen ihm und dem Generalstab der Luftwaffe nach dem Tode des kongenialen ersten Generalstabschefs Wever, der seinen Ursprung wesentlich in der von Göring bewußt geförderten unklaren Struktur des RLM³ hatte, erhielt ständig neue Impulse durch die mangelnde Fähigkeit des Generalstabes, seiner Führungsaufgabe auf den Gebieten der Wehrwirtschaft und -technik im erforderlichen Ausmaß nachzukommen, so daß es einem Manne von der überragenden organisatorischen Begabung und extensiven Dynamik Milchs leicht fallen mußte, in dieses Vakuum hineinzustoßen und damit auch Einfluß auf operativ-taktische Fragen zu gewinnen. Leider versäumt es Irving, den Ursachen dieses »siebenjährigen Krieges« nachzugehen. Damit läßt er entscheidende Möglichkeiten außer acht, den komplexen Zusammenhängen näher zu kommen.

In seinem Glückwunsch zu Milchs 50. Geburtstag am 30. März 1942 hatte Hitler den auf dem Höhepunkt seines Wirkens stehenden Feldmarschall der Gemeinschaft jener Männer zugerechnet, für die das Wort »unmöglich« nicht existiere. In der Tat hatte Milch sein auf Fleiß, Ehrgeiz und Können basierendes Durchsetzungsvermögen schon in den zwanziger Jahren bewiesen, als er sich wie viele ehemalige Offiziere der Fliegertruppe mit Passion der Verkehrsfliegerei zuwandte. Von den 38 Fluggesellschaften, die oft schneller wieder eingingen, als sie flügge wurden, waren schließlich zwei übriggeblieben, die sich unter dem Druck der obersten Reichsbehörden zur »Lufthansa« vereinigten, wobei Milch zunächst Vorstandsmitglied, später Chef des Unternehmens wurde. Irving beschreibt im ersten der acht Kapitel des Buches eindrucksvoll die Schwierigkeiten, die bei der Entwicklung der zivilen Luftfahrt in Deutschland überwunden werden mußten. Sie stellten an Milchs Ideenreichtum, seine »Meisterschaft im Bluffen«, seinen »Optimismus« und seine »Härte«, seine »Sturheit« und »Mischung aus Brutalität und Menschlichkeit« (so Irving über Milch, S.27, 86, 113, 148, 151, 185 und 209) große Anforderungen und vermittelten ihm fundierte Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung sowie der wirtschaftlich-finanziellen und technischen Grundlagen und Zusammenhänge und nicht zuletzt ihrer Verquickung und Abhängigkeit von politischen Entwicklungen und Entscheidungen⁴. Ausreichende Möglichkeiten, solche Kenntnisse und Erfahrungen zu sammeln, haben höhere militärische Führer vielfach nicht, den höheren Reichswehr-Offizieren fehlten sie besonders.

Im Laufe des Jahres 1932 machte Göring offenbar im Einverständnis mit Hitler Milch mehrmals das Angebot, in ein geplantes Luftfahrtministerium als Staatssekretär einzutreten. Bei verschiedenen Begegnungen von Hitlers »Bescheidenheit, Freundlichkeit, Klarheit und Intelligenz«, vor allem aber wohl von der Aussicht

³ Seit dem 15. 3. 1933 war das RLM sowohl höchste Kommandobehörde der Luftwaffe als auch oberste Reichsbehörde für die zivile Luftfahrt und den zivilen Luftschutz. Aus Milchs Position eines ständigen Vertreters Görings — die mehrfachen Änderungen der Jahre 1933—1939 und ab Mitte 1944 unberücksichtigt — mit den zwangsläufigen Kompetenzüberschneidungen mußten sich immer neue Reibereien, vor allem mit dem Chef des Luftwaffengeneralstabes, ergeben.

⁴ Wie andere Industriefirmen »kaufte« sich auch die Lufthansa Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien mit »Beraterverträgen«. So erhielt u. a. Göring seit 1928 regelmäßige Schecks über beträchtliche Beträge (Irving, S. 45).

beeindruckt, im Rahmen einer starken Wehrmacht eine Luftwaffe, der Hitler eine gleich wichtige Stellung wie dem Heer zubilligte, aufbauen und hierfür anfänglich pro Jahr 400 Millionen aufwenden zu können, wurde Milch im selben Jahr zum Anhänger des »Führers« (S. 50). Er diente ihm bis zum Zusammenbruch 1945 loyal auch dann noch, als er — im August 1944 praktisch aller einflußreichen Ämter entkleidet — für Hitler zum »unverantwortlichen Element in der Luftwaffe« geworden war (S.367). Bis 1932 hatte die Loyalität des durch Elternhaus und Soldatenberuf konservativ geprägten Milch bedingungslos Hindenburg gehört. Irving berichtet, daß Milch in Hitler lange Zeit den »Retter aus nationaler Not und Schande« gesehen habe, sein Vertrauen in das politische und militärische Genie des »Führers« sei dann durch den Krieg gegen die UdSSR erschüttert worden und als Hitler 1944 noch immer an der Luftoffensive gegen England festgehalten und den Einsatz der Me 262 als Jäger verboten habe, hätte er an dessen Verstand gezweifelt. Die Unmenschlichkeit der nationalsozialistischen Ideologie und der auf Hitler zurückgehenden Vernichtungsmaßnahmen sei ihm erst nach der Kapitulation bekannt und in ihrem ganzen Ausmaß bewußt geworden. Irvings abschließendem Urteil, daß Milch ein »Produkt seiner Zeit« gewesen sei, ihre Sprache übernommen, mit ihren Mitteln gearbeitet und sich am Glanz des nationalsozialistischen Aufstiegs berauscht habe, daß es ihn deshalb nicht habe überraschen können, daß er durch den Sturz des NS-Regimes auch leiden mußte ⁵ (S.390), ist nichts hinzuzufügen.

Diese Formulierungen lassen im übrigen erkennen, daß Irving bemüht war, das ihm zur Verfügung stehende Material kritisch zu verarbeiten. Es ist ihm, um dies vorwegzunehmen, nur bedingt gelungen. Ein vielfach zu vordergründiges Verständnis seines Gegenstandes und eine verschiedentlich unangemessen saloppe Sprache ⁶ machen es besonders deutlich. Andererseits kommt der Darstellung eine gewisse ironische Distanz zugute. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, vor allem der Luftkrieg, haben Irving schon mehrfach beschäftigt ⁷. Für diese »Tragödie der deutschen Luftwaffe« standen ihm außer sämtlichen Tagebüchern und Aufzeichnungen Milchs einschließlich zahlreicher Dokumente im Besitz des Feldmarschalls auch Materialien des ehemaligen Generalluftzeugmeisters, vor allem die sogenannten GL-Besprechungen, ferner Dokumente der Zentralen Planung, weitere Luftwaffendokumente unterschiedlicher Provenienz, die Vernehmungsprotokolle und Prozeßunterlagen, dokumentarisches Material aus den

⁵ Milch wurde 1948 von einem amerikanischen Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt und 1954 entlassen. Bei seiner Gefangennahme im Mai 1945 wurde er von einem englischen General mit seinem eigenen Marschallstab bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und von englischen Soldaten persönlicher Wertgegenstände beraubt. König Georg VI. entsandte 1948 einen Oberstleutnant der Royal Air Force ins Nürnberger Gerichtsgefängnis, um sich für das Verhalten britischer Soldaten im Mai 1945 zu entschuldigen. Der Name des prügeln den englischen Generals ist Irving bekannt, er nennt ihn jedoch nicht, weil ihm seine Anwälte davon abgeraten haben (Anm. 2, S. 394).

⁶ So heißt es z. B. bei der Beschreibung der makabren Szene, als Göring, Himmler und General v. Reichenau am 30. 6. 34 auf einer Liste die Namen der »umzulegenden« Personen abhakten, Milch habe erkannt, »daß hier nicht die Listen von Männern aufgestellt wurden, die für eine Beförderung vorgesehen waren« (S. 82).

⁷ Seine bekanntesten Publikationen sind: *Und Deutschlands Städte starben nicht*, Zürich 1963; *The Destruction of Dresden*, London, 2. Aufl. 1963 (dt.: *Der Untergang Dresdens*, Gütersloh 1964); *The Mare's Nest*, London 1964 (dt.: *Die Geheimwaffen des Dritten Reiches*, Gütersloh 1965); *The Virus House*, London 1967 (dt.: *Der Traum von der deutschen Atombombe*, Gütersloh 1967); *Accident — The Death of General Sikorski*, London 1967 (dt.: *Mord aus Staatsraison? Churchill und Sikorski, eine tragische Allianz*, Bern, München, Wien o. J.); *The Destruction of Convoy PQ 17*, London 1968; *Breach of Security. The German Secret Intelligence File on Events leading to the Second World War*, London 1968.

Archiven verschiedener Werke der Luftfahrtindustrie, schließlich zum Teil unveröffentlichte Studien und Erfahrungsberichte zur Verfügung. Darüber hinaus hat er ehemalige Mitarbeiter Milchs befragt und einschlägige Publikationen herangezogen. Trotz dieser Fülle des Materials, das nur im Überblick ausgewiesen wird — ein Literaturverzeichnis fehlt ganz; die Angaben in den Anmerkungen sind vielfach unvollständig — verstärkt sich beim Leser vom zweiten Kapitel ab der Eindruck, daß der Autor mit seinem Thema überfordert war.

Das hat seinen Grund möglicherweise darin, daß Irving sich nicht entscheiden konnte, was er eigentlich schreiben wollte: eine Geschichte der Luftwaffe unter besonderem Aspekt oder eine Biographie Milchs unter Betonung seines militärischen Lebenslaufes. Zur letzteren fehlt es dem Buch an einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem »ganzen« Milch, um den Ursprüngen seines Denkens und Tuns näher zu kommen. Denn Milch war ja nie nur Fliegerhauptmann, Lufthansa-Generaldirektor und Luftwaffen-Feldmarschall, sondern auch Sohn und Bruder, Gatte und Freund, Liebhaber der Jagd und der Geselligkeit, mit einem Wort: ein vielseitig begabter und bis ins hohe Alter aufgeschlossener und interessierter Mensch und Zeitgenosse. Dieser Mensch, der zum Beispiel unter den mißgünstigen Machenschaften wegen seiner Herkunft sicher sehr gelitten hat, wird in Irvings Darstellung nur gelegentlich und andeutungsweise lebendig, etwa in den Hinweisen auf die Familie oder die Freundschaften mit Joachim v. Schröder, v. Gablenz, Udet und Speer oder seine »Haßliebe« zu Göring.

Eine Geschichte der Luftwaffe unter besonderem Aspekt beziehungsweise eine zureichende Darstellung ihrer »tragischen« Entwicklung aber konnte das Buch nicht werden, weil Irving die deutschen Verhältnisse im Zeitalter der beiden Weltkriege offenbar zu wenig kennt und weil er insbesondere zu wenig von der deutschen Militärgeschichte weiß, um zu verstehen, welches Erbe in der Luftwaffe weiterwirkte. Und deshalb gelang es ihm mitunter nicht, sein Material kritisch in die Zusammenhänge einzuordnen, die notwendigen Bezüge herzustellen und im einzelnen Milchs Sicht der Dinge mit den Fakten der Dokumente und den Ansichten führender Mitarbeiter oder Kontrahenten zu konfrontieren und gegeneinander abzuwägen.

Zahlreiche Unzulänglichkeiten des Buches im wissenschaftlich-technischen Bereich, bei denen im einzelnen nicht festzustellen ist, ob sie auf Unkenntnis oder zu großzügiger Arbeitsweise beruhen, fallen möglicherweise zum Teil in die Verantwortung des Übersetzers oder des Verlagslektorates. Deshalb seien hier unzureichende und zum Teil fehlerhafte Quellen- und bibliographische Angaben; mangelnde Kennzeichnung von Zitaten; strittige Formulierungen und Bezeichnungen; das vielfache Auftauchen von Namen oder von Waffen- und Gerätebezeichnungen ohne ausreichende Erläuterung; die wörtliche Wiederholung eines Textabschnittes als Anmerkung; unrichtige Titel und Dienstgrade sowie generell unzureichende Personen- und Sachregister nur summarisch erwähnt. Schwerwiegender sind fragwürdige Formulierungen und Urteile.

Dies beginnt bei der Überschrift des zweiten Kapitels: »Schöpfer der Luftwaffe«. Milchs überragender Anteil am Aufbau der Luftwaffe und ihrer weiteren Entwicklung wird nicht durch die Feststellung geschmälert, daß der dritte Wehrmachtteil weder »von Göring konzipiert«, noch von Milch »buchstäblich aus dem Nichts aufgebaut« wurde (S. 389/390), wie es in den Arbeiten von Absolon und Völker⁸ bereits dargelegt worden ist. Deshalb sind alle Formulierungen wie

⁸ Vgl. R. Absolon: Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd I: 30. Januar 1933 bis 2. August 1934, Boppard 1969; K.-H. Völker: Die Entwicklung der militärischen Luftfahrt in Deutschland

»Milchs Chef des Führungsstabes« (S.70), »Milchs Rollfelder« (S.266) oder Milchs Aufklärungsergebnisse im Frankreichfeldzug (S. 149/50) ebenso schief wie der Satz, Göring habe den »präzisen Angriffsplan« für den »Adlertag« ausgearbeitet (S. 161). Irvings Ausführungen über die Neugliederungen des RLM in den Jahren 1937, 1938 und 1939 beziehungsweise die entsprechenden Führungsstrukturen der Luftwaffe sind zu einseitig, um die Problematik in ihrer Gesamtheit deutlich werden zu lassen. Ein gründliches Studium der vorliegenden Literatur hätte hier weitergeholfen. Es erscheint widersprüchlich und hätte näher untersucht werden sollen, weshalb Milch von entscheidenden Vorgängen — Einmarsch in das Rheinland (S. 92); technische Unzulänglichkeiten in der Fliegertruppe (S. 158); Vorbereitungen zum Rußlandfeldzug (S. 179) — erst in allerletzter Minute unterrichtet oder von den Vorarbeiten bewußt ausgeschlossen wurde. Unrichtig sind die Ausführungen über die Einweisung der Luftflottenchefs in ihre Aufgaben wenige Tage vor Beginn des Polenfeldzuges (S. 130 ff.), die angebliche Unkenntnis Kesselrings über die Planungen gegen Frankreich (S. 142) oder die Bezeichnung der Luftwaffendienstvorschrift (L. Dv.) 16 als »Handbuch«, die zudem nicht die erste L. Dv. war (S. 93).

Die Überschrift des dritten Kapitels: »Weltkrieg — zu früh« wirft die Frage auf, ob ein später, etwa 1942 ausgelöster Weltkrieg als weniger verwerflich zu beurteilen sei? Sie leitet über zu der »Hauptursache der Tragödie der deutschen Luftwaffe«, die Irving in der »mangelnde[n] Bereitschaft der gesamten Wehrmacht« sieht: »Hitler hatte den Krieg begonnen, bevor der Aufbau der Luftwaffe abgeschlossen war« (S. 389). In solchen Sätzen wird der grundlegende Mangel der Arbeit Irvings erkennbar: er ist sich nicht bewußt, daß die Luftwaffe als Teil der Wehrmacht integrierender Bestandteil eines staatlich-gesellschaftlichen Systems war, für dessen Hybris und inhumane Maßlosigkeit auch ein — zu dieser Zeit von den Völkern allgemein akzeptierter — »gerechter Krieg« im Sinne der Abwehr eines unprovokierten Angriffs immer »zu früh«, und zu dessen Behauptung beziehungsweise Rettung auch die perfektteste Wehrmacht immer »zu spät«⁹ kommen mußte.

Positiv zu würdigen und hervorzuheben bleibt dagegen die Fülle der interessanten, detaillierten und aufschlußreichen Einzelinformationen, die das ausgebreitete Material im ganzen zu einem wertvollen Beitrag einer späteren Geschichte der Luftwaffe, vor allem im Zweiten Weltkrieg machen. Dies gilt etwa für die Ausführungen zu den Kosten und zur Finanzierung der Aufrüstung, die weitere Entwicklung in den Kriegsjahren, den Rüstungswirrwarr im allgemeinen und die Konkurrenzkämpfe der Flugzeugindustrie im besonderen. Die anschauliche Schilderung der Auseinandersetzungen um das Flugzeug Me 262 lassen die große Verantwortung des Konstrukteurs Messerschmitt für die laufenden Verzögerungen zwar deutlich erkennen, aber Irving verschweigt auch nicht, daß hohe Offiziere, die es besser wußten, dem »Führer« in entscheidenden Besprechungen ebenfalls genau das sagten, was er hören wollte. Besondere Aufmerksamkeit verdienen weiter die Angaben zur Rohstoff- und Arbeitskräftebeschaffung, zum Bevölkerungsschutz und zu den Auseinandersetzungen wegen der Rüstungsprio-

1920—1933, Stuttgart 1962; ders.: Die deutsche Luftwaffe 1933 bis 1939, Stuttgart, 1. u. 2. Aufl. 1967.

⁹ Dieser Gedanke des »Zu spät« taucht nicht nur im Titel des Buches des ehemaligen Luftwaffenoffiziers W. Baumbach (Zu spät?, Buenos Aires 1949) auf, sondern sinngemäß auch in zahlreichen Arbeiten über den Zweiten Weltkrieg, insbesondere den Memoiren ehemals führender Soldaten.

ritäten. Nicht weniger bemerkenswert sind die Mitteilungen über den »Informationsaustausch«, den die Luftwaffe mit der Royal Air Force über die beiderseitige Luftrüstung pflegte. Die berüchtigten Vorführungen neuer Waffen und Geräte im Juli 1939 und während des Krieges, die schwerwiegende Fehlentscheidungen zur Folge hatten, bilden ein makabres Pendant zu Hitlers sprunghaft sich ändernden Ansichten und Anforderungen an die Luftwaffe. Auch bei diesem Komplex wird deutlich, wie das ad absurdum praktizierte »Führerprinzip« im Bedarfsfall eine Fülle von Möglichkeiten schuf, Verantwortungen so lange zu verschieben, bis niemand mehr verantwortlich war. Bei den Darlegungen zur Luftversorgung Stalingrads wird die — im Vergleich zu einem Vorabdruck¹⁰ gemilderte — Formulierung, daß die Luftwaffe die 6. Armee im Stich gelassen habe (S. 260), die emotionsgeladene Diskussion über diese entscheidende Episode des Zweiten Weltkrieges erneut beleben. Dabei läßt die pauschale Bezeichnung »die Luftwaffe« erneut erkennen, daß Irving seinen Gegenstand nicht im Griff hat. Denn versagt hat hier eindeutig nur die höhere Luftwaffenführung (in erster Linie Göring und Jeschonnek).

Es bedarf noch der eingehenden Untersuchung, ob Stalingrad vor der Ankunft Milchs zur Leitung der Luftversorgung Mitte Januar 1943 tatsächlich »abgeschrieben war« (S. 261). Dagegen kann als gesichertes Erkenntnis festgehalten werden, daß Milch an der verhängnisvollen Entscheidung, die eingeschlossenen Verbände aus der Luft zu versorgen, nicht beteiligt war. — Besonderes Interesse verdienen auch die Ausführungen über den Vortrag Heisenbergs am 4. Juni 1942 mit Hinweisen zur Herstellung einer Atombombe und die bis dahin mangelnde Unterstützung der Forschung durch die obersten Behörden des Reiches (S. 231), über die Luftwaffen-Verteidigungsprogramme in den letzten Kriegsjahren sowie über die Bildung des »Jägerstabes«, März 1944, und die Übernahme der Luftwaffenrüstung durch das Ministerium Speer, bei der Milch um der Sache willen auf seine Kompetenzen weitgehend verzichtete (S. 346 ff.).

Am 8. Mai 1945 notierte sich Milch, dessen überragender Bedeutung für die Luftwaffe Irvings Darstellung letzten Endes nicht voll gerecht werden kann, in seinem Tagebuch: »Speer hält nichts von Soldaten«. Dieses Urteil eines Freundes mag den äußerlich robust wirkenden »Außenseiter«, der als der Prototyp eines modernen »Seiteneinsteigers« in eine Spitzenposition anzusehen ist, mehr getroffen haben, als er sich selbst eingestehen wollte. Es erinnert im übrigen in eigenartiger Weise an die ersten Sätze eines Briefes, den der damalige Major E. v. Stülpnagel von der 70. Infanterie-Brigade am 3. Juli 1919 an den seinerzeitigen Hauptmann Milch schrieb: »Es tut mir innerlich ordentlich weh, Ihre aus dem Herzen kommenden Pläne einer nüchternen Kritik unterziehen zu müssen. Leider ist das nötig...«

Johannes Fischer

¹⁰ »Bild am Sonntag«, 24. 8. 69, S. 16—17; 31. 8. 69, S. 16—19; 7. 9. 69, S. 20—23; 14. 9. 69, S. 20—22; 21. 9. 69, S. 48—51; 28. 9. 69, S. 48—51; 5. 10. 69, S. 72—75; 12. 10. 69, S. 46—48; 19. 10. 69, S. 62—63; 26. 10. 69, S. 44; 2. 11. 69, S. 46—47 u. 9. 11. 69, S. 46—49.

Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Fischer-Bücherei, Frankfurt/M., Hamburg, neue, erweiterte Ausgabe, 1969, 233 Seiten (= Fischer-Bücherei, 1012).

Von der bereits als »klassisch« zu bezeichnenden Arbeit von Rothfels über den deutschen Widerstand liegt wiederum eine Neuausgabe vor. Nach einem Vortrag (1947) im Kern als Information für ein amerikanisches Publikum veröffentlicht, 1949 in deutscher Sprache erschienen, 1958 für eine Neuausgabe revidiert, ist das Buch nun auf den neuesten Stand der Forschung gebracht. Dieser »Neubau« ist weitgehend im Rahmen des ursprünglichen Aufbaus möglich gewesen. Mit Erstaunen wird festgestellt, wieviel aus der heutigen Diskussion in der früheren Ausgabe schon im Ansatz vorhanden war.

Sprachliche und stilistische Verbesserungen und die Aufnahme verschiedener Beispiele als Erläuterungen kommen der Darstellung zugute. Die Änderungen und Erweiterungen sind zum größten Teil auf neue Erkenntnisse und auf Stellungnahmen zur heutigen Diskussion zurückzuführen: Kirchenkampf (S. 43 ff.), kommunistischer Widerstand (S. 50 ff.), Kreisauer Kreis (S. 60, 120—138, 143—147), Rote Kapelle (S. 16), Ewald v. Kleist (S. 64 ff.), die Putschvorbereitungen in den Jahren 1938 und 1939 (S. 66 f., 73, 84 f., 141 f.) und 20. Juli 1944 (S. 79, 86). Das bedingt auch manche Änderungen im Anmerkungsapparat.

Das Hauptinteresse ruft Rothfels' Stellungnahme zur heutigen Diskussion hervor. Die Frage der politischen Seite des Kirchenkampfes ist in der letzten Zeit besonders durch Boyens und Conway wieder in den Blickpunkt des Interesses gerückt worden. Die Ergebnisse ihrer Arbeiten konnte der Verfasser noch nicht heranziehen, er hatte jedoch schon in der früheren Ausgabe dazu einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht, die nahezu ohne Änderungen wieder abgedruckt noch nichts von ihrem Wert verloren haben. Gerade im Hinblick auf die heutige Diskussion ist jedoch festzustellen, daß die Kirchen verhältnismäßig zu kurz gekommen sind, besonders unter zwei Aspekten: erstens, dem der Rückwirkungen des Kirchenkampfes im Ausland und der ausländischen Interventionen, die den Verlauf des Kirchenkampfes beeinflußt haben. Hierzu ist ein Beispiel bekannt, das ganz in den Rahmen dieser Arbeit passen würde: Bischof Bell, dessen Eintreten für den deutschen Widerstand während des Krieges ja eine Fortführung seiner früheren Bemühungen im Kirchenkampf war. Zweitens, daß die Kirchen in ihrer Opposition eigentlich halbwegs stehengeblieben sind. Wir haben Grund, für vieles, das im Kirchenkampf geschehen ist, dankbar zu sein, und der Verfasser hat sicherlich recht, wenn er feststellt, daß die Kirchen »die Kräfte des aktiven Widerstandes mit einem härteren Kern und einer schärferen Schneide versehen« (S. 47). Hier wäre an die Person des Oberstleutnants Groscurth zu erinnern, der der Bekennenden Kirche sehr nahe gestanden hat und einer derjenigen gewesen ist, denen der Kirchenkampf die Augen für die Notwendigkeit, gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen, geöffnet hat. Aber es hieße auch dem Bilde der kirchlichen Opposition schaden, wenn ihr Zukommen nicht klar gesehen und nicht offen dargestellt würde. Die kirchliche Opposition ist vielfach ein »Widerstand wider Willen« gewesen und geblieben. Die diesbezüglichen Ausführungen des Verfassers (S. 46 f.) betonen diesen Aspekt zu wenig. Manches wäre zu sagen gewesen über die Probleme »Bekennende Kirche und Judenverfolgungen« und »die beiden Kirchen und der Krieg«. Die Kirchen haben ja *lernen* müssen, daß ihrem Herrn Gehorsam zu leisten notwendiger war als Gewohnheiten zu huldigen.

Ein anderes Thema ist das des kommunistischen Widerstandes. Rothfels gehört nicht zu denjenigen, die ihren Text der jeweiligen internationalen Situation anpassen (ausnahmsweise S. 179). So hatte er in der früheren Ausgabe von der »Roten Kapelle« eine teilweise positive Darstellung gegeben. Diese hat er nun durch weitere Einzelheiten ergänzt und auch noch auf eine in diesem Zusammenhang interessante Bemerkung Poelchaus hingewiesen. Leider befindet sich dieser letzte Hinweis nicht im Text, sondern im Notenapparat (S. 185, Anm. 13). Obwohl er der These des sowjetischen Historikers Melnikow, daß die Kommunisten »die standhaftesten und entschlossensten Kämpfer gegen die faschistische Diktatur« gewesen seien, widerspricht, bemüht er sich auch hier, nicht in Schwarz-Weiß zu malen, sondern gibt eine nuancierte Betrachtung des kommunistischen Widerstandes.

Dasselbe fällt auf im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Armee und Partei. Wenn auch die Schlußfolgerung, »in den ersten Jahren des Regimes [sei] die Armee in hohem Maße nazifrei« (S. 74) gewesen, sich nach der Veröffentlichung der Arbeiten von Messerschmidt und von K.-J. Müller so nicht halten lassen wird, verbirgt der Verfasser keineswegs die »Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit«, die in diesem Sektor eine lähmende Rolle spielten. Für die späteren Jahre sind weiter manche Ergebnisse der Untersuchungen des amerikanischen Historikers Deutsch verarbeitet.

Hinsichtlich der Person Goerdeler lehnt Rothfels die Bezeichnung »reaktionär« (S. 113, 118) ab und möchte statt dessen lieber von »restaurativ« sprechen. Ob nun Pechel der Mann ist, in dieser Frage als Zeuge aufzutreten, könnte als fraglich angesehen werden (S. 113). Das Zitat eines Sozialdemokraten hätte mehr überzeugt. Rothfels gibt mit H. Mommsen zu, daß Goerdeler das »volle Verständnis für die Grundlagen des Klassenkonflikts« fehlte, aber in diesem Zusammenhang von »Patriarchalismus« zu sprechen, erscheint ihm abwegig (S. 118). Bei den außenpolitischen Kontaktversuchen ging es Goerdeler zunächst um »konventionellere« Ziele, später dagegen wird eine Annäherung an einen Europaplan föderativer Art sichtbar. Nach dem Verfasser wird dieser Wandel seiner Ansichten wohl unter Einfluß der Kreisauer und anderer Gruppen zustandegekommen sein (S. 138). Im Gegensatz zu W. v. Schramm ist Rothfels weiterhin der Meinung, Goerdeler sei alleiniger Autor der beiden von jenen veröffentlichten, Beck und Goerdeler zugeschriebenen Denkschriften (S. 205). Dazu sei bemerkt, daß für die zweite Denkschrift die Autorenfrage noch nicht völlig geklärt ist. Schließlich steht die Bemerkung (S. 94) über Goerdelers Kontakte zu dem katholischen Bischof von Berlin, Graf Preysing, in dieser Formulierung wohl etwas in Widerspruch zu den persönlichen Erinnerungen des Bischofs (S. 130).

In der Frage des Gegensatzes zwischen Goerdeler und dem Kreisauer Kreis ist die Feststellung des Autors, die mehr technisch-politischen Unterschiede seien geringer als die anderen gewesen, wohl richtig. Andererseits sind die Standpunkte beider Seiten so weit auseinander, daß für die Bezeichnung »gemeinsamer Grund« (S. 133) auch für gewisse Teilbereiche nicht viel Raum übrig bleibt. Der Verfasser betrachtet die Auffassungen der Kreisauer als »im Kern höchst wirklichkeitsnah und durch die Entwicklung nach 1945 sehr wohl gerechtfertigt« (S. 131), wenn auch einige Gedanken romantisch anmuteten und hier und da autoritäre Züge auftauchten. Ihren nächsten und unmittelbaren Beitrag zur Widerstandsbewegung sieht Rothfels daher nicht zu Unrecht in ihrer Wirkung als »ein Gärungselement, das von innen eher als von außen« arbeitete; das Ge-

dankengut, für das sie eintraten, ginge freilich darüber hinaus und sei im Entscheidenden immer noch Forderung und aktuell (S. 134, 127).

Im letzten Kapitel äußert sich der Verfasser eingehend zum Gesamtkomplex des deutschen Widerstandes. Er warnt davor, nur die Maßstäbe von heute anzuwenden. Dem Verfasser ist sicherlich zuzustimmen, daß eine rein soziologische Betrachtungsweise »nicht sehr weit in ihrer Erhellung« führe, wenn auch die Mithilfe des Soziologen und Politologen sehr erwünscht sei (S. 171, 176). Der deutsche Widerstand ist nach Rothfels kein »Ahnherr der Bundesrepublik« (contra Mommsen, S. 206) und auch nicht nur (!) die Fortsetzung der antidemokratischen Opposition gegen Weimar (contra Romoser, S. 174), sondern eine Bewegung mit »vorausweisendem« Charakter, die sich den ständig präsenten Drohungen und Vergewaltigungen des Nationalsozialismus widersetzt und so »Überzeugungsgemeinschaften über Landesgrenzen hin« (S. 181) möglich gemacht hat. In diesem Zusammenhange sei an Reaktionen aus den Widerstandsbewegungen der besetzten Länder und an die Arbeit eines Staehle erinnert.

Auch diese Neufassung der bekannten Arbeit von Rothfels ist wieder eine zuverlässige und nuancenreiche Bilanz geworden. Abschließend ist noch auf zwei Sätze hinzuweisen, die in ihrer kompakten Formulierung mißverständlich wirken (S. 122: »Moltke empfand . . . wünschten«) oder als diskriminierend (S. 126: »Wie immer . . . stehen mag«) aufgefaßt werden könnten. Die Absicht lag dem Verfasser sicherlich fern.

Ger van Roon

Wilhelm Haas: Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Köllen-Verlag, Bonn 1969, 531 Seiten.

Wer sich für die Außenpolitik der Bundesrepublik interessiert, kann zumindest seit dem Ende der 60er Jahre auf einige umfangreiche Darstellungen zurückgreifen¹. Nach und nach kommen zu diesen grundlegenden Arbeiten Detailstudien zur westdeutschen Außenpolitik im weiteren und engeren Sinne².

Das außenpolitische Instrumentarium der BRD, speziell Geschichte, Organisation und Funktion des Auswärtigen Amtes sind allerdings noch Themen, zu de-

¹ Als wichtigste Arbeiten wären zu nennen: F. R. Allemann: Bonn ist nicht Weimar, Köln, Berlin 1956; W. G. Grewe: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960; H.-P. Schwarz: Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945—1949, Neuwied, Berlin 1966; A. Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München, Wien 1959 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e. V., Bd 28) (zit Baring); W. Besson: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.

² K. Erdmenger: Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949—1955, Freiburg 1967; G. Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955, München 1967; M. Dormann: Demokratische Militärpolitik. Die alliierte Militärstrategie als Thema deutscher Politik 1949—1968, Freiburg 1970.

nen man sich Informationen aus den verschiedensten, mehr oder weniger zuverlässigen Quellen zusammensuchen muß³.

Das Buch von Wilhelm Haas — als Privatdruck einem kleineren Kreis von Spezialisten vorgelegt — ist in diesem Zusammenhang unter einem doppelten Aspekt interessant:

1. In der Hauptsache besteht die Veröffentlichung aus Dokumenten (S. 85—531). Zumindest ein Teil davon (der Großteil ist bekannt und in den Bundestagsprotokollen und -anlagen leicht zugänglich) vermittelt einen ersten und wichtigen Einblick in die Vorgeschichte und in den Aufbau des Auswärtigen Amtes. Es handelt sich hierbei um Organisationspläne und Denkschriften, die zwischen 1947 und 1949 hauptsächlich im Auftrag der Ministerpräsidenten der amerikanischen Besatzungszone und des Oberdirektors der Verwaltung für Wirtschaft, Hermann Pünder, erstellt wurden. Im engeren wissenschaftlichen Interesse sind diese Dokumente der wichtigste Teil des Buches. Angaben über Arbeitsgruppen, die sich trotz der Beschränkungen mit außenpolitischen und -wirtschaftlichen Problemen befaßten, die den Bedingungen der Besatzungsherrschaft entsprechend auf Länderbasis entstanden und zum Teil später in einer zentralen Bundesdienststelle aufgingen, sind auch in anderen Darstellungen zu finden⁴.
2. Der von Haas diesen Dokumenten vorangestellte Text (S. 11—84) ist sowohl für den Regierungs- und Arbeitsstil Adenauers als auch für das Selbstverständnis derjenigen aufschlußreich, die seit November 1949 mit dem Wiederaufbau des auswärtigen Dienstes betraut waren.

Zur Bestimmung des Stellenwertes der vorliegenden Publikation ist es notwendig, einiges zu den persönlichen Motiven zu sagen, die den Autor veranlaßt haben, sich relativ spät an die — wenn auch begrenzte — Öffentlichkeit zu wenden.

Den Angelpunkt der Veröffentlichung des ehemaligen Diplomaten und bremischen Staatsrates Haas bildet eine heute kaum mehr diskutierte, 1951 aber in der politischen Presse einigen Staub aufwirbelnde Affäre, über die wir in der zum hundertjährigen Bestehen des Auswärtigen Amtes herausgegebenen Jubiläumsschrift nur noch ein paar dürre Sätze finden:

»Parlament und Öffentlichkeit verfolgten den Aufbau des Auswärtigen Amtes mit großer Aufmerksamkeit. Als in der Presse Angriffe gegen angebliche Mißstände in der Personalpolitik des Auswärtigen Dienstes laut wurden, hatte schon von Ende 1950 bis Anfang 1951 ein Unterausschuß des Bundestagsausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten eingehende Untersuchungen angestellt. Nach einer Artikelserie in der »Frankfurter Rundschau« beauftragte der Bundeskanzler den Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Schetterer mit einer Untersuchung der gegen die Personalpolitik des Amtes erhobenen Vorwürfe. Ferner setzte der Bundestag auf Antrag der SPD am 24. Oktober 1951 den Untersuchungsausschuß 47 ein, um zu prüfen, ob durch die Personal-

³ Die Arbeit von H. End: Erneuerung der Diplomatie. Der Auswärtige Dienst der Bundesrepublik Deutschland — Fossil oder Instrument? Neuwied, Berlin 1970, kann nur als ein erster Problemaufriß hinsichtlich der Organisation und Funktion des AA angesehen werden. Interessant ist das Buch von A. Drenker: Diplomaten ohne Nimbus! Beobachtungen und Meinungen eines Presseattachés, Zürich 1970, obwohl die Genauigkeit der Angaben häufig hinter der Publikumswirksamkeit zurückstehen muß. Wichtig für das Selbstverständnis des Auswärtigen Dienstes ist nach wie vor die Festschrift für P. H. Pfeiffer: Aus der Schule der Diplomatie. Beiträge zu Außenpolitik, Recht, Kultur, Menschenführung, Düsseldorf, Wien 1965.

⁴ Vgl. Baring, S. 12—21; sowie: 100 Jahre Auswärtiges Amt (1870—1970), hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1970, S. 47—51.

politik Mißstände im Auswärtigen Dienst eingetreten seien. Die Masse der in der Presse laut gewordenen Vorwürfe wurde entkräftet, wenn auch der Untersuchungsausschuß sich veranlaßt sah, eine Reihe von personellen Veränderungen im Amt zu empfehlen ⁵.«

Was in dieser entschärfen Interpretation so nebensächlich wirkt, ist für Haas nach knapp 20 Jahren noch aufregend: er selbst war Chef des »Organisationsbüro[s] für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland«, später Leiter der Personalabteilung der »Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten«. Neben der Herbert Blankenhorn unterstellten »Verbindungsstelle zwischen der Alliierten Hohen Kommission und der Bundesregierung« war das »Organisationsbüro« die Keimzelle der »Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten«, der Vorläuferin des Auswärtigen Amtes. In die Vorgänge des Jahres 1950/51 war Haas also direkt verwickelt.

So stellen Interpretation und Dokumentation zugleich eine Rechtfertigungs- und Anklageschrift dar. Ein Rechtfertigungsversuch insofern, als in der obenerwähnten, in der »Frankfurter Rundschau« abgedruckten Artikelserie von dem Journalisten Heinz Mansfeld behauptet wurde, unter Haas habe sich in der neuen Dienststelle die alte, angeblich größtenteils dem Nationalsozialismus verbundene Belegschaft der Wilhelmstraße (des alten Auswärtigen Amtes) versammelt ⁶. Seine Anklage richtet Haas nachträglich gegen die Prozedur und die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses 47, dessen schriftlicher Bericht als Anlage 18 abgedruckt ist und der hinsichtlich der Person von Haas zu dem zwar neutral formulierten, dennoch deutlichen Schluß gekommen ist: »Die Auffassungen, die Dr. Haas von den Notwendigkeiten der Personalpolitik im Auswärtigen Dienst gehabt hat, entsprechen nicht der tatsächlichen außenpolitischen Lage der Bundesrepublik« (S. 310).

Es kann nicht die Aufgabe des Rezensenten sein, die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses 47 im Detail zu kritisieren. Dies wird ohnehin erst möglich sein, wenn die Akten des Ausschusses freigegeben sind. In seiner negativen Beurteilung des Verfahrens des Untersuchungsausschusses hat Haas sicher in vielem recht. Aber es ist auch darauf hinzuweisen, daß einem bei der Lektüre der vorliegenden Protokolle (S. 227—277) die Prozedur des Ausschusses bei der Vernehmung Mansfelds ganz besonders problematisch erscheinen muß.

Wer die Position Haas', aber auch den allgemeinen Zusammenhang verstehen will, muß sich die Bedingungen vergegenwärtigen, unter denen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik wichtige Aufbauarbeit geleistet wurde. Sicher hat Haas recht mit seinem Vorwurf, daß er in den 20 Monaten seiner Tätigkeit kaum fünfmal beim Bundeskanzler Vortrag halten konnte. Aber man muß auch sehen, daß gerade in den Jahren 1950/51 Adenauer mit den Verhandlungen über die EVG alle Hände voll zu tun hatte. Andererseits: mit einer Delegation wichtiger Personalentscheidungen mochte sich der Kanzler niemals befreunden. Kein Wunder, daß Adenauer den Vorschlag Haas', einen unabhängigen Aufnahmeanusschuß für den Auswärtigen Dienst zu berufen, ablehnte. Und die Kompetenzen innerhalb des Bundeskanzleramtes waren zur fraglichen Zeit und auch später oft ungeklärt. Ohne die Zustimmung Globkes oder Blankenhorns konnte kaum eine wichtige Personalentscheidung getroffen werden. Wie soll man Haas

⁵ 100 Jahre Auswärtiges Amt, S. 51.

⁶ Vgl. Haas, S. 344—353. M. Mansfeld hat seine Artikelserie in einem Schlüsselroman verarbeitet: Bonn, Koblenzer Straße. Der Bericht des Robert von Lenwitz, München 1967.

Personalentscheidungen aufbürden, für die doch im Grunde entweder Adenauer selbst, Globke, Blankenhorn oder Hallstein verantwortlich zu machen gewesen wären? Es ist durchaus symptomatisch, daß der Anlaß für das Ausscheiden Haas' eine solche Nötigung war: »Als Blankenhorn mir . . . in einer gemeinsamen Besprechung bei Staatssekretär Hallstein [nicht Blankenhorn, sondern Hallstein war Leiter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten!] sagte, der Bundeskanzler wünsche die Einstellung jener beiden Herren . . . , forderte ich eine schriftliche Weisung. Blankenhorn . . . erwiderte: Sie werden keine schriftliche Weisung erhalten, Sie verstehen die innenpolitischen Bedürfnisse des Bundeskanzlers nicht! Hallstein schwieg. — Zwei Tage später wurde mir eröffnet, daß ich die Leitung der Personalabteilung . . . abzugeben habe und eine Botschaft übernehmen solle« (S. 61).

Daß Haas nicht nur von höherer Ebene aus ins Handwerk gepfuscht wurde, läßt sich ohne weiteres belegen. Stellvertretend möge da nur eine Äußerung des Botschafters Kroll stehen: »Freunde von mir erklärten sich bereit, mit dem Kanzler über meinen Wiedereintritt in den auswärtigen Dienst zu sprechen. Er entschied, daß mir alsbald ein entsprechender Posten angetragen werden sollte⁷.«

So wurden Haas von allen möglichen Seiten die Kompetenzen beschnitten. Als aber anläßlich der Artikelserie in der »Frankfurter Rundschau« der Untersuchungsausschuß 47 eingesetzt wurde, veranstaltete man ein Scherbengericht gegen Haas und seine Umgebung. Der eigentlich Verantwortliche, Adenauer selbst, wurde nicht getroffen. Einige Mitglieder des Untersuchungsausschusses haben dies sehr wohl gemerkt und, wie Erler, auch ausgesprochen. Den schwarzen Peter behielt die Personalabteilung.

Aber nicht alle Verantwortung liegt bei Adenauer, der sehr wohl den Machtgewinn schätzte, der sich aus der Personalunion von Bundeskanzler- und Außenministeramt ergab, ohne sich auf die Aufsichtspflicht zu besinnen, die gerade mit dem Außenministerium verbunden war. Haas selbst hat, sicherlich guten Glaubens und in bester Absicht, mit seiner Personalpolitik einiges zu dem beigetragen, was sich schließlich zu der Affäre des Jahres 1951 verdichtete. Und hier kommt man zu der am Anfang aufgeworfenen Frage nach dem Selbstverständnis derjenigen, die maßgeblich am Aufbau des Auswärtigen Dienstes mitgewirkt haben.

Auf einer Pressekonferenz hat Haas selbst einmal gesagt, es sei nun einmal das Schicksal der Diplomaten sehr vieler Länder, daß sie in ihrem Heimatland einer meist auf Unkenntnis, oft auch auf Neid und Übelwollen gegründeten, unsachlichen und ungerechten Kritik unterworfen würden (S. 46). Ganz sicher hat diese Auffassung Haas' vom Propheten, der im eigenen Lande nichts gilt, bei seinen Personalentscheidungen eine Rolle gespielt. »Die dem Auswärtigen Dienst eigentümliche Kameradschaft« (S. 57), der sich auch der Diplomat alter Schule Haas verpflichtet fühlt, mag ihn in jenen Jahren des Wiederaufbaus der Bundesrepublik in die schwierige Rolle eines Unpolitischen gedrängt haben, der — ohne es wahrhaben zu wollen — höchst politisch agierte, indem er einen Großteil des alten »Dienstes« versammelte.

Unter diesem Aspekt ist es fraglich, ob Haas sich selbst und seinen Freunden mit seiner Veröffentlichung einen guten Dienst erwiesen hat.

Manfred Dormann

⁷ Diese Intervention erfolgte, weil Kroll von der ablehnenden Haltung der Personalabteilung gegenüber seiner Person überzeugt war. Vgl. H. Kroll: Botschafter in Belgrad, Tokio und Moskau, 1953–1962, München 1969, S. 25 f.; vgl. auch F. v. Eckardt: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf 1967, S. 344 f.